

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich. Einzelhefte 20 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 M. pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 28. Dezember 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Agrarische „Heimatspolitik“.

Seit der Reichstagsauflösung sind die Leitartikel und Notizen über die zunehmende Lebensmittelverknappung aus der freisinnigen Presse fast gänzlich verschwunden, so daß der seine politische Meinung ausschließlich aus freisinnigen Blättern beziehende ehrsame Wahlbürger zu der Ansicht kommen muß, die Preise der notwendigen Lebensmittel seien in schnellem Sinken begriffen. Jeder, der die Marktnotierungen verfolgt, weiß jedoch, daß die Preise in den letzten Wochen nicht gefallen, sondern weiter gestiegen sind. Das Verschwinden der Notizen über die durch die offizielle Agrarpolitik hochgetriebenen Lebensmittelpreise aus den liberalen Blättern hat einen anderen Grund. Die freisinnigen Politiker fühlen sich nämlich aus Rücksicht auf die Regierung und die jetzt mit ihnen zur Wahl marschierenden konservativen Parteien verpflichtet, ihre frühere Agitation gegen den agrarischen Lebensmittelwucher einzustellen oder wenigstens in den Hintergrund treten zu lassen, und dafür sich mit Aufbietung aller moralischen Kräfte über die „Nebenregierung“ des Zentrums zu entziehen; denn die Anfeindung der konservativen Agrarpolitik und ihrer Folgen könnte die zurzeit mit der freisinnigen Volkspartei alliierten Großgrundbesitzer, die ohnehin von der ihnen durch die Reichstagsauflösung aufgehaltenen liberalen Kampfgemeinschaft wenig eingenommen sind und sehnüchlich nach dem Zentrum schielen, vollends zur Abschweifung in die Fänge des Zentrums-polypen treiben. Wägen jedoch für die freisinnige Presse derartige Wahlrückfälle maßgebend sein, für die sozialdemokratische Presse ergibt sich um so mehr die Pflicht, dem vor einer neuen Reichstagswahl stehenden Volke, vor allem der Arbeiterschaft zu zeigen, welchen Parteien es die heutige Verteuerung seines Lebensunterhalts zu verdanken hat.

Da die agrarische Presse die enorme Preissteigerung der meisten Lebensmittel nicht zu leugnen vermag, verlegt sie sich darauf, für diese den guten industriellen Geschäftsgang, die angeblich unzureichenden Ernteergebnisse der letzten Jahre oder auch die steigenden Bedarfsansprüche der sogenannten unteren Volksklassen verantwortlich zu machen. Nur die agrarische Zollpolitik ist nach ihrer Versicherung absolut schuldlos an der Lebensmittelverteuerung, denn den Zoll trägt bekanntlich nach konservativer Entdeckung stets das Ausland.

Zu einem gewissen Teil wirkt sicherlich auch der durch die bessere Geschäftslage geweckte und vermehrte Bedarf als preissteigernder Faktor, doch ist die Bedarfsvermehrung im ganzen ein ziemlich nebensächliches Moment; und noch weniger läßt sich die stetige Aufwärtsbewegung der Preise während des demnächst abgelaufenen Jahres auf Mißwachs und schlechte Ernteerträge zurückführen. Das Jahr 1905 hatte eine relativ gute Weizen- und Roggenerte, und die Kartoffel- und Heuente lieferte einen Ertrag, wie ihn die deutsche Landwirtschaft noch niemals vorhergesehen hatte. Der Ertrag an Kartoffeln stellte sich auf mehr als 48,8 Millionen Tonnen, über 12 Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1904, und die Ernte an Wiesenhheu ergab 26,8 Millionen Tonnen, 4,8 Millionen Tonnen mehr, als im vorausgegangenen Jahre. Und dieses Resultat wurde nicht etwa durch eine starke Vergrößerung der Anbaufläche erzielt, sondern durch die Ertragssteigerung pro Hektar, die bei Kartoffel von 110 auf 145 Doppelzentner, beim Wiesenhheu von 36 auf 44 Doppelzentner pro Hektar stieg. Und noch günstiger stellt sich nach der vorläufigen Berechnung der Landwirtschaftskammer die diesjährigen Ernte. Der Gesamt-ertrag der preussischen Landwirtschaft an Getreide wird auf nicht weniger als 17 271 000 Tonnen veranschlagt gegen 15 629 000 Tonnen im Jahre 1905, also um 10 1/2 Proz. höher.

Schlechte Ernteergebnisse haben also die Preissteigerung nicht bewirkt. Was ist aber dann die Ursache der jetzigen teuren Zeit? Die dem Profitinteresse der ländlichen Großgrundbesitzer dienende offizielle Zollpolitik. Deutschlands Bevölkerung steigt durchschnittlich in jedem Jahre um 1 1/2 Proz., und zugleich entwickelt sich das Deutsche Reich mehr und mehr zum Industriestaat. Die Folge ist eine steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten — nicht nur für den unmittelbaren einheimischen Verbrauch, sondern auch zur industriellen Verarbeitung. Diesen Bedarf vermag die einheimische landwirtschaftliche Produktion nicht mehr zu decken, und da die Zufuhr aus fremden Agrarstaaten durch Grenzsperrn und hohe Zölle teils verhindert, teils erschwert wird, so entsteht ganz naturgemäß ein Mißverhältnis zwischen dem künstlich verminderten Angebot und der steigenden Nachfrage, das zu einer allgemeinen Preissteigerung der betreffenden Erzeugnisse auf dem einheimischen Markte führt. Wie hoch bereits die Preise für die wichtigsten Lebensmittel: Brotgetreide, Kartoffel, Fleisch, Butter gestiegen sind, zeigt folgender Vergleich. Es betrug in Berlin der Großhandelspreis für:

	Im Durchschnitt der Jahre 1900/1904	zurzeit
Weggen, mittelgut, pro Tonne . . .	139 M.	163 M.
Weizen, mittelgut, pro Tonne . . .	103 „	178 „
Speisekartoffeln, mittelgut, pro Tonne	44 „	54 „
Butter, II. Qual., pro Doppelzentner .	212 „	244 „
Eier, II. Qual., pro Doppelzentner . .	123 „	164 „
Rälber, II. „ } pro Doppelztr. {	132 „	180 „
Lamm, I. „ } Schlachtgew. {	121 „	172 „
Schweine, II. „ }	105 „	122 „

Und diese Preissteigerung beschränkt sich nicht nur auf die vorgenannten Nahrungsmittel. Auch die Preise einer Reihe anderer ebenfalls im kleinen Haushalt ständig verbrauchter Bedarfsartikel zum Beispiel Kaffee, Schmalz, Eier, Serringe usw. befinden sich in der Aufwärtsbewegung. Daraus ergibt sich, daß heute zum Beispiel der Berliner Arbeiter einen um 20 Proz. höheren Geldbeitrag für die Anschaffung der nötigsten Lebensmittel aufwenden muß als im Jahr 1900 bis 1904. Alles, was der Arbeiter in den letzten Jahren durch schwere gewerkschaftliche Kämpfe an Lohn-erhöhung errungen hat, geht auf diese Weise wieder verloren, oftmals noch viel mehr.

Die agrarische Presse hat zwar während der Zolkämpfe im Reichstage mit unerschütterlicher Ausdauer versichert, das Ausland trage den Zoll; und als im März dieses Jahres nach dem Inkrafttreten des neuen Zollvertragsstaris nicht sofort die Preise stiegen, konnte ihr Frohlocken über die falschen Prophezeiungen der Freihändler keine Grenzen. Das alberne Geschwätz über die Wichtigkeit der agrarischen Zolltheorie hat jedoch nicht lange gedauert. Nachdem die vor dem 1. März in das Zollgebiet eingeführten bedeutenden Getreidevorräte auf die Reize gingen, begannen alsbald die Getreidepreise zu steigen, und schon im Durchschnitt des zweiten Quartals stellten sie sich auf den deutschen Hauptmärkten fast um den vollen Zollbetrag höher, als auf den zollfreien Märkten Londons, Liverpools und Antwerpens. Es kostete z. B. im Durchschnitt der Monate April, Mai und Juni guter mittlerer Weizen in Berlin pro Tonne 183,2 M., in Mannheim 106,1 M., dagegen guter Rhein-Weizen in Wien 157 M., mittlerer Donau-Weizen in Antwerpen 133,5 M., mittlerer englischer Weizen in London 140,4 M. und guter La Plata-Weizen in Liverpool 143,8 M. Die Differenz zwischen Mannheim und Antwerpen betrug demnach ungefähr 62 M., zwischen Mannheim und London 56 M., zwischen Mannheim und Liverpool 52 M. Der Ertragszoll stellt sich bekanntlich auf 55 M. pro Tonne.

Deutschland hat die höchsten Getreidepreise aller Kulturländer Europas; selbst in Paris standen im zweiten Quartal des Jahres 1906 die Weizen- und Roggenpreise weit niedriger als auf den Getreidemärkten Westdeutschlands. Und nicht nur in dieser Hinsicht ist der deutsche Arbeiter ungünstiger gestellt. Wie Deutschland die höchsten Getreidepreise Europas hat, so hat es auch die höchsten Viehpreise. Es wurden z. B. im zweiten Quartal pro Doppelzentner Schlachtgewicht gezahlt:

	in Berlin	in Frankfurt	in Köln	in Mannheim
Ochsen II. Qual.	187,3	198,2	148,7	158,9
Schweine . . .	126,2	141,1	133,9	141,0
Rälber . . .	164,8	179,9	168,6	182,8
Lamm . . .	141,6	—	167,8	148,8

	in Kopenhagen	in Rotterdam	in Paris
Ochsen II. Qual.	101,2	111,3	102,5
Schweine . . .	100,4	102,0	182,4
Rälber . . .	106,8	151,7	149,9
Lamm . . .	—	109,8	153,3

Deutschland ist das Land der höchsten Getreide- und Viehpreise in Europa: das ist das Resultat der von der „Kreuz-Bl.“ und der „Deutsches Tagesztg.“ so hoch gepriesenen „Heimatspolitik“: der Politik der Grenzsperrn und Zollerhöhungen. Den Vorteil von dieser Politik haben die Großgrundbesitzer. Damit ihre Einkünfte steigen, damit sie sich einige Rennpferde mehr zu halten und ihre Jagdbreviere zu arrondieren vermögen, wird dem arbeitenden Volke Brot und Fleisch maßlos verteuert. Die bevorstehende Wahl gibt dem unter der Last des Lebensmittelwuchers seufzenden Volke Gelegenheit, mit den Lebensmittel-verteuerern: den Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumspolitikern gründlich abzurechnen und deren saubere „Heimatspolitik“ zu brechen. Erlangen diese edlen Volks- und Vaterlandsfreunde aufs neue im Reichstage die Mehrheit, so werden sie unbedingt ihre Lebensmittelverknappungspolitik auf Volkskosten wieder aufnehmen und fortsetzen.

Wahlkampf.

Die Auslegung der Wählerlisten
 hat in Preußen begonnen. Der Kürze der Zeit wegen, die für ihre Anfertigung zur Verfügung stand, ist zu erwarten, daß sie zahlreichere Lücken und Fehler aufweisen werden als die Listen von 1903. Die Kontrolle ist also diesmal ganz besonders dringend nötig. Die kurze Frist muß allerorts aufs energischste ausgenützt werden.

„Postwendend widerlegt.“
 Der „Kölnischen Zeitung“ hat unser Wort von den „Hungerwahlen“ nicht gefallen. Begreiflicherweise, da die Nationalliberalen ein gerüttelt Maß von Mißglaube an der Verteuerung der Lebensmittel tragen. Das rheinische Unternehmerviertel wird daher grob und leist, daß sich der „Vorwärts“ die „dreifache und unverfälschte aller Wahllisten“ leiste, die aber, wie es anfangs hinausgeht, „glücklicherweise durch die tatsächlichen Zustände postwendend widerlegt werden kann“.

Wohl mit Rücksicht auf diese „Widerlegung“ durch die tatsächlichen Zustände“ schenkt sich die „Kölnische“ jeden Nachweis der Unrichtigkeiten unserer Behauptungen. Sie begnügt sich mit der viel bequemeren Maßnahme, sie einfach erlogen und gefälscht zu nennen. Wir haben keine Veranlassung, das Blatt bei dieser Beschäftigung zu stören. Mag es seine Leser ruhig irreführen. Das wird ihm ja zweifellos gelingen, da die Zeiten für die Unternehmung allerdings keine Hungerzeiten sind und die Preissteigerung der Lebensmittel bei den Summen ihrer Haushaltsbudgets zu wenig ins Gewicht fällt, als daß sie den Herren besonders fühlbar werde und ihnen sagen könnte, daß die Behauptung des Blattes von der postwendenden Widerlegung unserer Angaben durch die tatsächlichen Zustände nur ein Wahlwindel ist.

Die „Kölnische Zeitung“ ist übrigens so unvorsichtig, zuzugeben, daß im Laufe des Sommers das „Gespens einer Unterernährung des Volkes“ zeitweilig aufgestiegen ist. . . . Was eine böse Genur für die nationalliberale Politik des Lebensmittelwuchers bedeutet, die das Aufsteigen dieses Gespenstes verschuldet. Die „Kölnische“ gibt das Aufsteigen des Hungergespenstes allerdings nur zu, um die Versicherung daran zu hängen, jede Hausfrau wisse, daß inzwischen die Fleischpreise gefallen seien. Wenn das Blatt sich indes auf dem Viehmarkt zu Köln hätte erkundigen wollen, so hätte es erfahren können, daß die Schweinepreise dort längst wieder gestiegen sind — ganz abgesehen davon, daß die Senkung der Preise die alljährlich im Winter eintretende war, die im Frühjahr ebenso regelmäßig vom Steigen der Preise wieder abgelöst wird.

Es handelt sich indes nicht bloß um die Fleischpreise. Auch die Preise anderer Nahrungsmittel sind gestiegen. Die Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“, hat vor kurzem ausgerechnet, daß bei Zugrundelegung der doch gewiß nicht allzu opulenten Nationen der deutschen Marineinfanterie eine vierköpfige Arbeiterfamilie (der Kinder gleich zwei Erwachsene gerechnet) für die Ernährung ausgeben mußte

	pro Woche	pro Jahr
1900	20,44	1092,88
1901	20,58	1099,12
1902	20,72	1077,44
1903	21,15	1099,80
1904	21,29	1104,98
1905	21,98	1142,96
1906	23,01	1196,92

Vielleicht erkundigt sich einmal die „Kölnische Zeitung“, wieviel Arbeiterfamilien in Köln sich eine solche Ausgabe allein für Nahrungs-mittel leisten können — wir wissen, sie wird nicht allzu viele finden, denn 23,01 M. pro Woche, das ist in vielen Fällen schon mehr, als der ganze Wochenlohn erwachsener verheirateter Arbeiter beträgt! Woran das Blatt, wenn es sehen wollte, erkennen könnte, daß das Gespenst der Unterernährung jahraus jahrein in vielen Arbeiterwohnungen nicht vom Herde weicht, da die Nationen, die für den Marineinfanterie als notwendig erachtet werden, um seinen Körper gesund und arbeitsfähig zu erhalten, für große Kreise der Arbeiterschaft einfach nicht erschaunlich sind!

Doch vielleicht meint die „Kölnische Zeitung“, daß der industrielle Arbeiter und seine Familie die Nationen der Marineinfanterie nicht zu beanspruchen hat. Daß solche Meinung die Arbeiter aber nicht gerade für nationalliberale Reichstagsabgeordnete begeistern könnte, dürfte sie wohl noch noch einsehen können. Auf alle Fälle beweisen indes die Zahlen unserer unerbüchlichen Quelle, daß die Lebenshaltung gegen 1900 bedeutend verteuert worden ist. Und wenn die „Kölnische Zeitung“ sich die amtliche Statistik über die Löhne der Bergleute im Ruhrgebiet, einem Gebiete, das ihr ja so nahe liegt, ansehen wollte, so würde sie finden, daß dort die Löhne heute, bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen, niedriger stehen als 1900. Und wenn sie sich die Antworten auf eine Umfrage ansehen wollte, die die Zeitschrift „Konfessionär“ unter den größeren Firmen der Textilindustrie und Konfektion angestellt hat, so würde sie finden, daß als besonders gut bezeichnet wird die Lage der Konfektionsindustrie, daß dagegen gemeldet wird, die Tuchindustrie sei an der Hochkonjunktur nur in verhältnismäßig geringem Grade berührt. In den Berichten aus letzterer Industrie heißt es ausdrücklich:

„Die Konsumkraft der Konsumenten der breiten Massen leidet unter den hohen Lebensmittelpreisen. Die Konsumenten aus der breiten Masse können sich trotz der da und dort eingetretenen Lohnerhöhung doch nur billiges Zeug kaufen, während sich mancher Arbeiter vorher einen guten Zuschuss machen lassen konnte.“

Es muß also die günstige Rückwirkung der Hochkonjunktur der deutschen Arbeit auf die Löhne doch entschieden nicht so allgemein sein, wie die „Kölnische Zeitung“ in der optimistischen Stimmung des Unternehmertums annimmt, das allerdings aus dieser Hochkonjunktur goldene Gewinne zieht. Es muß in dieser Zeit der Leuerung große Kreise der Arbeiterschaft geben, die von nennenswerten Lohnsteigerungen, die die Lebensmittelverknappung auch nur ausgleichen, nichts verspüren!

Um die Belastung der Arbeiterschaft durch die indirekten Steuern brüht sich die „Kölnische“ in der wohlfeilen Redensart herum, daß sie „nach einer mechanischen Theorie der Statistik den Arbeiter allerdings höher belasten als den Wohlhabenden“. Die „mechanische Theorie der Statistik“, mit diesem Ausdruck soll die Berechnung diskreditiert werden. Reicht vermag die „Kölnische“ nicht, denn unzulässig vermag sie die Ergebnisse der Wihl nicht, die seit einem Menschenalter feststehen.

Zum Schluß prunkt das Unternehmerviertel natürlich mit der „großen wirtschaftlichen Sicherstellung“, die der Staat dem deutschen Arbeiter durch seine Sozialgesetzgebung bereitet hat. Wie diese

„Sicherstellung“ aussteht, das ergibt sich unter anderem aus der angenehmen Tatsache, daß das Reich für das Jahr 1907 in dem an den aufgelösten Reichstag verteilten Etat 827 250 M. an Reichszufuß für die Invalidenversicherung weniger verlangt, als im Vorjahr. Durch eine schärfere Auslegung des Gesetzes, durch die Entwidung, daß Arbeiter, die zwar nicht mehr arbeiten können, doch noch 1/2 ihrer Arbeitsfähigkeit besitzen, daß sie, wenn sie in ihrem Beruf auch nicht mehr arbeiten können, doch die theoretische Möglichkeit haben, bei anderer Beschäftigung — ob sie sie finden, ist ihre Sache! — ein Drittel ihres früheren Verdienstes zu gewinnen, spart man jetzt Invalidenrenten! Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der bewilligten Renten gesunken!

Das ist die „große wirtschaftliche Sicherstellung“.
Man sieht, die postwendende Widerlegung durch die tatsächlichen Zustände ist freie Phantasie der „Kölnischen“. Die Widerlegung aber, die das Blatt selbst versucht hat, ist die Drukschwärze nicht wert. Postwendend mag sie sein — richtig ist sie nicht!

Und deshalb bleibt's bei den „Hungerwahlen“, so laut die „Kölnische“ und ihre Gesinnungsverwandten auch über „die dreiste und unerschämteste aller Wahlhosen“ jeteren mögen. Der 25. Januar wird den Lebensmittelwucherern schon zeigen, was die „Wahlhosen“ von der postwendenden Widerlegung durch die tatsächlichen Verhältnisse hält!

Der Freisinn in Nöten.

Der Freisinn zog bekanntlich mit der stolzen Parole ins Feld: „Gegen das schwarz-rote Kartell“. Er taufte dafür die Bruderhämme der Agrarier und Scharfmacher ein. Bald aber gaben die Scharfmacher und Fleischwucherer dem Freisinn zu verstehen, daß sie gar nicht daran dächten, etwa den Freisinn für die Verluste, die ihn die Parole „gegen das schwarz-rote Kartell“ ja toblicher bringen müßte, ihrerseits schadlos zu halten. Die Fleischwucherer erklärten vielmehr brüsk, daß sie keine „Pflaumenweiden“ in den Reichstag zu bringen gedächten, sondern waschechte Jöllner und Lebensmittelwucherer.

Das ging dem doch wenigstens dem weiblichen Freisinn wider den Strich. Er machte eine Achtelehre und verkündete drohend, daß er nicht nur die schwarze, sondern auch die konservative Reaktion bekämpfen werde. Der Eichhoffische und Mugdanische, ebendem „wasserstiefelische“ Freisinn fährt dagegen noch heute fort, „unentwegt“ in seinen Flugblätter gegen das „schwarz-rote Kartell“ zu Felde zu ziehen und die Frage des Brot- und Fleischwuchers, der Gewerkschaftsknebel und der Staatsfreihölzer als Bagatelien zu behandeln, die für den heurigen Wahlkampf für einen „Freisinnigen“ überhaupt nicht in Frage kommen!

Aber auch die Drohungen des weiblichen Freisinn werden von der blauen Reaktion nur mit einem Hohngelächter beantwortet. So macht sich die „Post“ den Spah, anzudeuten, daß der Freisinn, ohne sich selbst zu vernichten, gar nicht in der Lage ist, den Kampf nach „zwei Fronten“ zu führen. Der Freisinn könne nur dann hoffen, mit einem blauen Auge davonzukommen, wenn er sich eines „aufrichtigen Zusammengehens mit den rechtsstehenden Parteien“ befleißige!

Das „Verl. Tagebl.“ beantwortet diese beleidigende Zustimmung mit allerhand scharfen Verlegenheitsphrasen. Die Parole „Gegen Zentrum und jede Reaktion“ bedeute noch keineswegs ein Schlagen nach zwei Fronten, sei doch das Zentrum nur eine „Spielart“ der einen Reaktion. Nun, der Freisinn will doch aber auch gegen die Sozialdemokratie den Kampf führen, lehnt doch das „Verl. Tagebl.“ die Unterstellung der „Post“, als könne von einem „freisinnig-sozialdemokratischen Bündnis“ irgendwo die Rede sein, entrüstet ab. Bei all dem Gerede des Koffe-Blattes kommt schließlich nur soviel heraus, daß es mit nationalliberaler Hilfe allen Gefahren ringsum trotzen zu können wähnt!

Keine freisinnige Illusionäre. Im Jahre 1903 eroberte der Freisinn 25 Wahlkreise bei der Stichwahl, davon 11 mit Hilfe Zentrums, 8 mit Hilfe der Sozialdemokratie. Lassen ihn nun diese Parteien fallen, so behält er allenfalls noch 6 Wahlkreise. Und selbst wenn er sich mit Haut und Haaren den Agrariern verschreibt, wird er Haare lassen müssen! Nun droht und bettelt der Freisinn nach allen Richtungen, um überall verlaßt und bei der Wahl mit wohlverdienten Fußtritten regaliert zu werden! —

Wahlkreise.

Die Freunde des bekannten Wändlers Oldenburg-Jaunichau, der bisher den Wahlkreis Elbing-Pratzenburg im Reichstag vertreten durfte, sind in großer Sorge, daß die Sozialdemokratie diesmal den Kreis erobern könnte. Bei der letzten Wahl siegte Oldenburg erst in der Stichwahl mit 11 215 Stimmen über unseren Genossen Crispian, der 11 144 Stimmen auf sich vereinigte. Deshalb haben jetzt selbst konservative Leute auf Oldenburg einzuwirken versucht, daß er von der Kandidatur zurücktreten möchte. Manosch, Oldenburg bleibt. Damit sind zunächst auch alle sonstigen Versuche der übrigen bürgerlichen Parteien, einen Wismarsch-Landkandidaten der Sozialdemokratie entgegenzustellen, gescheitert. Interessant dürfte noch sein, wie sich das Zentrum in dem Wahlkreis bei einer etwaigen Stichwahl zwischen dem Wandler und dem Sozialdemokraten verhalten wird. Das Zentrum kam in der letzten Wahl auf 3202 Stimmen und kann ausschlaggebend sein. Am 23. Dezember wurde in den Elbinger Zeitungen eine Erklärung veröffentlicht, in welcher 24 Herren die Kandidatur Oldenburgs empfehlen. Diese Erklärung hat auch ein Herr Förster, Bürgermeister (!), Tiepenhof, unterzeichnet. Um für den Herrn Bürgermeister, als er seinen Titel mißbraucht, um für die Wahl eines Wändlers Propaganda zu machen, das Schreiben des Ministers v. Bethmann-Hollweg noch nicht bekannt war? Der Minister hat die Landräte und Bürgermeister doch ermahnt, keine Wahlaufrufe zu unterschreiben. Oder pflegt der Tiepenhofer Bürgermeister auf das Schreiben des Ministers?

Unsere Genossen im Wahlkreis sind ratlos an der Arbeit, um den Junker zu stürzen. Bereits in der Woche vor Weihnachten ist im ganzen Wahlkreis ein Flugblatt bis in die fernsten Orte verbreitet worden. Das war zwar eine harte Arbeit, weil der Wahlkreis sich außer aus dem Elbinger Stadtkreis aus zwei ausgedehnten Landkreisen zusammensetzt, sie ist aber fruchtbar geleistet worden. Die Genossen wissen, daß sie nur auf ihre eigene Kraft bauen dürfen.

Nord-Bayern.

Im Gau Nordbayern hat die Sozialdemokratie ihren Aufmarsch für den Wahlkampf vollendet. Der Gauvorstand ist als Wahlkomitee in Tätigkeit getreten. In sämtlichen 22 Wahlkreisen sind von unserer Partei Kandidaten aufgestellt und zwar: Nürnberg-Altendorf Dr. Sadelmum-Berlin, Fürth-Erlangen Martin Segis-Fürth i. V., Nürnberg-Schwabach Mich. Hierl-Schwabach, Eichstätt-Weihenburg Karl Drexler-Nürnberg, Dinkelsbühl-Gunzenhausen Joh. Werke-Nürnberg, Rothenburg s. d. T. Frhr. v. Haller-St. Alban, Hof-Münchberg Jos. Simon-Nürnberg, Bayreuth-Wunsiedel Karl Hugel-Bayreuth, Forchheim-Kulmbach Konrad Dorn-Nürnberg, Kronach-Lichtenfels Jos. Seelmann-Aronach, Bamberg-Verjoggenaurach Fritz Endreß-Fürth i. V., Weisshausen-Münchberg Edward Graf-Frankfurt a. M., Weingarten-Ochsenfurt Robert Korn-Heidingsfeld, Lehr-Hammelburg Georg Diehl-Frankfurt a. M., Hildesheim-Neustadt a. S. Friedr. Goldmann-Schweinfurt, Schweinfurt-Gehst Jos. Siedler-Schweinfurt, Würzburg-Heidingsfeld Franz Schmitt-Münchberg, Regensburg-Schwandorf W. Hagen-Regensburg, Amberg-Sulzbach D. Schrembs-Regensburg, Neumarckt-Hemau Karl Enghner-Nürnberg, Neunburg vorm Wald Mich. Weig-Weiden, Weiden-Neustadt a. Waldnaab Mich. Dirschel-Fürth i. V.

Die politische Stimmung ist für uns äußerst günstig, das politische Interesse bedeutend gewachsen. Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg hat in der Woche nach der Reichstagsauflösung über 200 Reuanahmen gemacht, überall nimmt die politische Organisation erfreulich zu.

Im Wahlkreis Nürnberg haben sich die Nationalsozialisten dem Wismarsch angeschlossen, während die Mittelstandsvereingung aus Berger darüber, daß der Freisinn sie vor Aufstellung seiner Kandidatur nicht befragte, beklagt hat, selbständig in die Wahl einzutreten und den Dreifachmeister Probst aufzustellen. Die Mittelständler wollen hauptsächlich ihre Aufmerksamkeit den indifferenten Wählern zuwenden und sie zur Urne bringen, um bei der Stichwahl, auf die sie „ganz bestimmt“ rechnen, dem Liberalismus ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. Im Wahlkreis Fürth haben die vereinigten Liberalen und Demokraten den Schaffelfabrikanten Manz in Bamberg aufgestellt. Der Mann nennt sich freisinnig, ist aber ein Scharfmacher erster Güte, als den ihn die Arbeiter in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Schuh- und Schaffelfabrikanten schon öfters kennen gelernt haben. Mit ihm will man besonders den Fürthener Großindustriellen und Exporteuren, die von der Bauernfreundschaft des früheren Abgeordneten Vorbes nicht sonderlich erbaud waren, imponieren. Die Konservativen und Bauernbündler stellen den bekannten Agrarier Weß vom Rathsburg auf.

Hessen-Nassau.

Eine Wahlkreis-Konferenz, die letzten Sonntag in Wiesbaden tagte, proklamierte einstimmig als sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für den 2. nassauischen Wahlkreis (Wiesbaden) den heftigen Landtagsabgeordneten Genossen Gustav Lehmann-Mannheim. — Eine Eignung zwischen dem Wismarschpartei ist in diesem Wahlkreis nicht zu Stande gekommen. Für die Nationalliberalen kandidiert der seitherige Abgeordnete Kommerzienrat Darling, für die Freisinnigen W. Kraft-Wiesbaden. Die Wahlkonstellation ist daher für unsere Partei sehr günstig.

Im 4. nassauischen Wahlkreis kandidiert für die Sozialdemokratie der Gewerkschaftsbeamte Genosse Robert Habrecht-Frankfurt a. M.

Für den Wahlkreis Marburg-Frankenberg, den bisher der Nationalsozialist v. Gerlach vertrat, wurde als sozialdemokratischer Reichstagskandidat der Gewerkschaftsbeamte Genosse Robert Dismann-Frankfurt a. M. nominiert.

In dem Wahlkreis Weimar-Altenkirchen wurde der Gauleiter Genosse Krenker-Frankfurt a. M. von den Sozialdemokraten aufgestellt.

Aus dem Wahlkreise Bodrum - Gelsenkirchen - Gattingen - Witten.

Mit einer überfüllten Versammlung in Gattingen, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Hue, referierte, eröffneten unsere Genossen am Sonntag den Wahlkampf. In Gelsenkirchen-Dekler sprach Genosse Sachse in einer ebenfalls äußerst stark beleuchteten Versammlung. Die Stimmung unter dem Industrieproletariat ist eine vorzügliche. Ueberall wird die Auflösung des Reichstages eifrig besprochen und freudig begrüßt; besonders die Bergarbeiter rufen zu einer kräftigen Antwort auf das verhängnisvolle Vergesetz, die Knappschloßnovelle usw. Am fünfundzwanzigsten Januar ist Wahltag! — Die Nationalliberalen haben den schon einmal durchgefallenen Oberbürgermeister Haarmann von Witten aufgestellt. Diese Kandidatur hat in den Kreisen der evangelischen Arbeitervereine starke Opposition hervorgerufen, weil die Leitung der nationalliberalen Partei das 1903 gegebene Versprechen, einen Arbeiterkandidaten aufzustellen, gebrochen hat. Herr Hannebed, der nationalliberale Nachr, motivierte die Aufstellung Haarmanns mit der plötzlichen Reichstagsauflösung, man habe infolgedessen keinen geeigneten Arbeiter finden können. Tatsächlich war aber Haarmann schon seit 1 1/2 Jahren als Kandidat in Aussicht genommen. Als Rache für diesen schändlichen Vorbruch haben nun die Christlichsozialen den zweiten Vorsitzenden der christlichen Bergarbeiterorganisation, Röhme, als Gegenkandidaten aufgestellt. Für die Nationalliberalen dürfte diese Kandidatur besonders unangenehm werden und sie aus der Stichwahl drängen.

Wie in fast allen industriellen Kreisen, hat das Zentrum auch hier, um die Arbeitermasse zu fördern, einen Renommierarbeiter, den christlichen Arbeitersekretär Alost-Essen, aufgestellt. Alost kandidierte 1903 im Wahlkreis Duisburg, hat aber dort eine abermalige Kandidatur abgelehnt. Ob er etwa glaubt, im Bodrumer Wahlkreis mehr Aussicht zu haben? Die Sozialdemokratie wird den Wahlkampf mit aller Energie führen, damit das rote Banner auch ferner über dem drittgrößten Reichstagswahlkreise flattert.

Kandidaten-Aufstellungen.

Im Wahlkreise Götting-Leubau hatte der Ortsverein Götting den Genossen Keller wieder als Reichstagskandidaten vorgeschlagen. Auf der Kreis-Konferenz, die am ersten Feiertag in Götting stattfand, hat Genosse Keller wegen seines Alters und eines zunehmenden Herleidens von seiner Person Abschied zu nehmen. Die Kreis-Konferenz stellte darauf einstimmig Genosse Hermann Müller, Mitglied des Parteivorstands, als Reichstagskandidaten auf. Die Stimmung in dem Wahlkreise Murgau ist uns sehr günstig.

In Oberschlesien sind als Reichstagskandidaten definitiv aufgestellt für:

- Kattowitz-Zabrze: Gewerkschaftsbeamter Adamel.
- Beuthen-Zarnowitz: Gewerkschaftsbeamter Scholthsef.
- Steinw-Lublink: Parteisekretär Trabalaki.
- Wiesch-Nybnitz: Gewerkschaftsbeamter Danik.
- Katibor: Geschäftsführer Vinjakiewicz.

Im Wahlkreise Gr. Strehly-Kosel wird die Aufstellung des Kandidaten in den nächsten Tagen erfolgen.

Vorsitzender des Zentralwahlkomitees für obige sechs Wahlkreise ist Franz Trabalaki, Kattowitz, Bernhardtstraße 2, Kassierer Julius Brühns, Kattowitz, Sackstraße 10.

In der Parteikonferenz für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, die am Sonntag in Altona stattfand, wurde nach einem padenden Vortrage des Genossen Frohne über die bevorstehende Reichstagswahl zur Kandidatenfrage Stellung genommen. Einstimmig wurden die seitherigen Vertreter beider Kreise, die Genossen Frohne (8. Kreis Altona-Storm) und Leske (10. Kreis Herzogtum Lauenburg), als Kandidaten nominiert. Das Zentralwahlkomitee für beide Kreise hat von jetzt ab seinen Sitz in Altona, Bürgerstr. 32.

Am Sonntag gelangten in beiden Kreisen als erstes der Aufruf der Parteikation und die Aufforderung zur Einschaltung in die Wählerlisten zur Verbreitung. In den ländlichen Orten beider Kreise herrscht überall in den breiten Volksschichten eine große Begeisterung für die kommende Wahl, ein gutes Unen dafür, daß das Volk für die „Kaffernpolitik“ der verbündeten Reaktionäre nicht zu haben ist.

Im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise Pinneberg-Segeberg wurde am Sonntag in einer Kreisversammlung, die in Otensen tagte, der langjährige Vertreter dieses Kreises, Genosse v. Elm, einstimmig als Kandidat proklamiert. Auch in diesem hat die Wahl-agitation begonnen.

Für die Wahlkreise des Agitationsbezirks Niederrhein sind folgende Kandidaten aufgestellt:

- Lennepe-Nienheid-Weitmarm: Karl Reiss-Köln.
- Eberfeld-Barmen: Herm. Rollensbüch-Berlin.
- Solingen: Phil. Scheidemann-Kassel.
- Düsseldorf: Herm. Grimpe-Eberfeld.
- Essen: Wilh. Gewehr-Eberfeld.
- Mülheim-Duisburg: Clemens Hengsbach-Köln.
- Mies-Rees: Rudolf Bühler-Essen.
- Kleve-Weldern: Friedr. Lernereng-Krefeld.
- Rempen: Wilh. Reimes-Krefeld.
- M. Glabbach: Dr. Laufenberg-Düsseldorf.
- Krefeld: Wilh. Reimes-Krefeld.
- Reuf-Grodenbroich: Wilh. Schmitt-Düsseldorf.
- Wittgenstein-Siegen: Jos. Bogowski-Widenscheid.
- Altena-Hersloch: Karl Haberland-Parment.
- Hagen-Schwelm: Max König-Dortmund.

Als Zentralwahlkomitee für den Bezirk wurde das Agitationskomitee bestimmt. Dasselbe hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden Wilh. Gewehr, zum Kassierer Hermann Bollens, Eberfeld, Brüderstr. 2, und zum Schriftführer Karl Haberland, Eberfeld, Robertstr. 20, ernannt.

Für Kurhessen und Waldeck sind folgende Kandidaten aufgestellt: Kinteln-Hofgeismar-Waldfogel: Stadtverordneter Oskar Vetter-Tein-Neumarshausen.

Kassel-Neulungen: Stadtverordneter Heinrich Hüttmann-Frankfurt a. Main.

Trielhar-Romberg-Siegenhain: Stadtverordneter August Jordan-Kassel.

Schwege-Witzenhausen-Schmallalden: Landtagsabgeordneter Fr. Ehardt-Salungen.

Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg: Stadtverordneter Heinrich Hünn-Kassel.

Waldeck-Hyrmont: Expedient Ernst Müller-Kassel.

Auch ein Kandidat der Unterdrückten.

Vorstand und Aufsichtsrat des nordschleswigischen Wählervereins haben den bei der Nachwahl am 23. Oktober gewählten Reichstagsabgeordneten H. B. Hanssen wiederum als Kandidaten für den Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg aufgestellt, nachdem er eine jene beiden Körperchaften befriedigende Motivierung ferner Haltung in der Reichstags-Sitzung vom 13. Dezember vorgebracht hatte. Dieser Vertreter der nordschleswigischen Dänen hat nämlich im Reichstago sowohl für den Vermittlungsantrag der Freisinnigen, wie schließlich für die Regierungsvorstellungen gestimmt, also den Vernichtungskampf gegen die Hereros gutgeheißen. Das hat, wie leicht begreiflich, große Kritik in den Wählern hervorgerufen und „Hadersborg Avis“ verlangte dringend, daß nicht ein kleiner Kreis von Personen über die Kandidatur entscheiden solle, sonst würde, meinte das Blatt, ohne Zweifel Gefahr der Zersplitterung und Verzerrung unter den dänischen Wählern entstehen. Diese warnenden Worte haben also nichts gefruchtet. Hinter verschlossenen Türen hat man sich wieder für Hanssens Kandidatur entschieden und ruft nun den Wählern zu, einen Mann zum Vertreter der nationalen Rechte der Dänen zu wählen, der bereit ist, der Reichsregierung alles zu bewilligen, was sie zur Unterdrückung und Ausrottung der Hereros und Döntentollen für notwendig erachtet. Hanssen gilt für „liberal“, er ist es offenbar im Sinne des deutschen „Liberalismus“.

Unterwerfung der Bondelzwarts.

Wie das offiziöse Bolssche Depeschembureau in einer unfermbar in der Wilhelmstraße stützten längeren Meldung bekannt gibt, hat sich nunmehr der Stamm der Bondelzwarts unterworfen. 120 Männer dieses Stammes haben sich samt dem Stammeshauptling Johann Christian der Schutztruppe gestellt und ihre Waffen abgeliefert. Später noch weitere 35 Mann. Auch die sich noch zerstreut umhertreibenden kleineren Banden des Stammes werden sich nach der abgeschlossenen Kapitulation den Truppen stellen.

Die offiziöse Meldung hat folgenden Wortlaut:

Berlin, Mittwoch, 28. Dezember. Bei den Verhandlungen über den Nachtragsetat für Südwestafrika im Reichstago wurde von Vertretern der verbündeten Regierungen und des Großen Generalstabes die Versicherung abgegeben, unsere dort noch kämpfenden Soldaten möglichst schnell im gleichen Tempo mit den Fortschritten der kriegerischen Operationen weiter zu vermindern und heimzuführen. Vom Kriegsschauplatz ist gestern folgende Meldung eingetroffen:

Der Stamm der Bondelzwarts hat sich unterworfen; Johannes Christian mit seinem nächsten Anhang hat sich dem Oberstleutnant v. Estorf in Geirachabis gestellt. Die Zahl der Männer beträgt 120, der abgegebenen Kleinalbürgen Gewehre 105. Zerstreute Banden und Stammesangehörige, die als britischem Gebiete zurückzuführen, sind in die Unterwerfung einbezogen. Auch Bondelzwarts darf Schutzwaffen tragen. Die Unterworfenen sollen bei Reetmanshoop und Kalkfontein Lokationen erhalten und dort unter militärischer Aufsicht in Lagern gehalten werden. Die Durchführung der Unterwerfungsbestimmungen wird noch einige Zeit erfordern. Auch stehen noch einzelne Banden von anderen Stämmen, wie Simon Copper und Fielding, im Felde.

In den hiesigen leitenden Stellen hegt man in Uebereinstimmung mit dem Oberkommando in Südwestafrika die Zuversicht, daß nunmehr der Krieg rasch zu Ende gehen wird und die kolonialisatorische Arbeit in den weiten von ihm berührten Gebieten wieder beginnen kann. Diese günstige Wendung befreit zugleich in der Ansicht, wie falsch die Haltung der Reichsheidpartei in verflochtenen Reichstago war. Der mit der Wahrung des Budgetrechts der Volksvertretung motivierte Zentrumsantrag, trotz jener Versicherung der verbündeten Regierungen und des Kriegskommandos eine bestimmte Zahl für die im Felde stehenden Truppen im voraus gesetzlich vorzuschreiben, erscheint nun erst recht als ungerechtfertigt und nur aus dem unsicheren Bedürfnis einer parlamentarischen Machtprobe erklärlich, dem sich die Regierung nicht fügen durfte. Der Festigkeit der verbündeten Regierungen ist es nächst der geschickten Kriegsführung und dem tapferen Aushalten unserer Truppen zu danken, daß der Süden des Schutzgebietes gegen Kleinmütige Bedenken und erhalten worden ist.

Man sieht, das Auswärtige Amt begnügt sich nicht damit, einfach die Tatsache der Unterwerfung des wichtigsten der bisher noch im Kampfe stehenden Döntentottenstämme zu melden, sondern es polemisiert zugleich gegen die Reichstagsmehrheit, die am 13. Dezember die Regierungsvorstellungen abgelehnt hat. In dem Gefühl, daß diese Meldung das Verhalten der Reichstagsmehrheit geradezu glänzend rechtfertigt, versucht es die Regierung, die Sachlage so darzustellen, als ob dieser „Triumph“ der „nationalen Waffenehre“ lediglich der mientuegen Kriegspolitik der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien zu danken wäre. Ja, die offiziöse Stilübung schließt mit der renommierten Phrase, daß es der „Festigkeit der verbündeten Regierungen“ zu danken sei, daß „der Süden des Schutzgebietes... uns erhalten worden ist.“

In der Tat, Welch ein Triumph! Der Süden des Schutzgebietes, der gerade den wertvollsten Teil einer Kolonie bildet, deren wirtschaftlicher Wert für das Mutterland überhaupt gleich Null ist!

Der südwestafrikanische Krieg hat uns bis jetzt 400 Millionen Mark gekostet! Und diese Summe ist ausgegeben worden für ein Land, das vor Ausbruch des Krieges kaum 1000, schreibe tausend Farmer, Händler und Kaufleute ernährte. Und auch nur ernährte auf Kosten der ausgearbeiteten, dem wirtschaftlichen Ruin preisgegebenen eingebornen Bevölkerung, die jetzt zum großen Teil ausgerottet ist!

Und was verspricht dies Land für die Zukunft? Auszubehende Eingeborene gibt es nicht mehr, was von ihnen noch am Leben geblieben ist, hat seinen einzigen Besitz, sein Vieh, vollständig verloren. Das ihnen abgenommene Land soll nun von weißen Viehzüchtern bestockt werden. Aber wieviel Farmer werden selbst in ferner Zukunft entstehen können? Der Ansiedlungskommissar Dr. Rohrbach rechnete mit 5000 (fünftausend) anzusiedelnden

Farmerfamilien. Und zwar hoffte er nach Beendigung des Krieges jährlich hundert neue Farmwirtschaften errichten zu können, sofern die Regierung jeden dieser Farmer mit 10-15 000 Mark subventioniere! In 50 Jahren hätten wir dann die 5000 Farmer glücklich angehebelt, mit einem Staatszuschuß von 50-75 Millionen! Wo zu dann noch jährlich eine Ausgabe für die Schutztruppe in Höhe von 30 Millionen Mark hinzukäme. Da uns Südwäst bis zum Jahreschluss 1907 bereits 600 Millionen Mark gekostet haben wird, würden uns danach die 5000 Farmer in Südwäst bis zum Jahre 1957 gekostet haben:

Kriegskosten 600 Millionen Mark
Subvention an die Farmer 50 " "
Ausgaben für die Schutztruppe (50 Jahre
a 30 Millionen Mark 1500 " "

in Summa also 2150 Millionen Mark! Jeder Farmer würde uns also mehr als 400 000 Mark gekostet haben!

Dabei wären die 5000 Farmerfamilien nicht etwa arme Teufel, sondern Leute, die je über ein Kapital von mindestens 20-30 000 Mark verfügen müßten!

Diese südwästafrikanischen Agrarier würden dem deutschen Volke also noch viel kostspieliger werden, als selbst die raffigierigsten der ostelbischen Agrarier!

Statt also mit dem glorreichen „Erfolge“ in Wüst-West zu remontrieren, sollte die Regierung lieber erklären, ob sie dem nunmehr bis zum 1. April 1907 die Schutztruppe auf 2500 Mann herabssetzen will!

Davon aber sagt sie kein Wort!

Natürlich denkt die Regierung auch gar nicht daran. Hat doch Herr Dernburg erklärt, daß auch nach Beendigung des Krieges noch mindestens 5000 Mann in Südwästafrika bleiben müßten, um die pazifizierte Eingeborenen in Schach zu halten und den Ovambos etwaige Aufstandsgefühle auszutreiben. 5000 Mann aber würden uns nach dem jetzigen Stand 45-50 Millionen jährlich kosten, aber auch bei günstigeren Verhältnissen und nach Fertigstellung der Bahndämme noch mindestens 30 Millionen Mark pro Jahr!

Das ist der Triumph unserer „Waffenheer“ in Südwäst, das sind die dünnen Folgen unserer Südwästafrikapolitik!

Nieder mit allen Parteien, die für eine solche Politik auch nur einen Mann und einen Groschen bewilligt haben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Dezember.

Betrübte Vohgerber.

Ein anderer Stelle unseres Blattes haben wir die Meldung von der Waffenspendung der Bundeswehr gebracht. Wir haben diese Meldung und ihre famose offizielle Stillierung dort bereits eingehender gewürdigt. Unter anderem haben wir auch die Lächerlichkeit der offiziellen Polemik gegen die Mehrheitsparteien nachgewiesen. Die Nüchternheit dieser Wäldern-Dernburgschen Polemik ist aber selbst den freisinnigen Kampfanen der Regierung etwas zu starker Lobal. Sie fühlen, daß diese neue Wendung des Hottentottenfeldzuges die freisinnigen Handlangerdienste für die Regierung nur noch würdeloser und die Haltung der Kolonialopposition nur noch konsequenter und berechtigter erscheinen läßt.

Die „Soff. Sig.“ sagt deshalb:

„Daß die offiziöse Rundgebung die tatsächlichen Mitteilungen in eine Polemik gegen die Mehrheitsparteien des Reichstages verwebt, verrät unverkennbar, daß die Regierung einige Sorge hegt, die günstigen Nachrichten vom Kriegsschauplatz könnten ungünstig auf den Wahlkampf wirken. In der Tat liegt auch die Vermutung nahe, Zentrum und Sozialdemokratie würden triumphierend sagen: „Das ist Ihr's, wie recht wir gehabt haben.“ Die Zurückziehung der Truppen bis auf 2500 Mann zu verlangen! Da steht Ihr's, wie falsch die Behauptung ist, wir wollten unseren Brüdern in Südwästafrika die wertvolle Wäldern verteidigen. Es hat sich weder um das Schicksal der Truppen, noch um die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches gehandelt.“ Gewiß, so werden die Mehrheitsparteien behaupten. Demgegenüber wird die offiziöse Darstellung, „nun erst recht“ erscheine die Haltung der Mehrheitsparteien ungerechtfertigt, wenig verschlagen.“

Noch verschärfter äußert sich das „Berl. Tagebl.“ zu den Stillübungen seines geliebten Dernburg:

„Eine seltsame Deduktion! Das nächstliegende wäre doch, aus der Entwidlung, die die Dinge in Südwästafrika jetzt genommen, das Gegenteil von dem zu schließen, was die Regierung daraus folgert: die Regierung mußte bei der Beratung des Nachtragkredits im Reichstages bereits etwas davon läuten gehört haben, daß eine günstige Wendung in Südwästafrika bevorstehe. Denn von heute auf morgen haben die Wäldern ihren Unterwerfungsschluß nicht gefaßt und es ist völlig ausgeschlossen, daß das Oberkommando in Südwästafrika nicht schon seit längerer Zeit über die Stimmungen und Absichten der Wäldern unterrichtet war. Das Zentrum wird mit Recht sagen, daß die Regierung, wenn sie über die Lage der Dinge orientiert war, sich die Auflösung des Reichstages hätte sparen können und sparen müssen. In der Tat lag für die Regierung, wenn sie die Sachlage kannte, keine Veranlassung vor, aus dem Zentrumsantrag einen casus belli zu machen. Die Parteien, die gegen den Zentrumsantrag stimmten, taten das in dem guten Glauben, daß an eine friedliche Beilegung des Feldzuges vorderhand nicht zu denken sei; noch Pflicht und Gewissen erklärten sie sich deshalb gegen den Antrag, der nach ihrer Ueberzeugung unsere militärischen Operationen im Schutzgebiete lähmlegen mußte. Für die Regierung aber kamen — so wird wenigstens das Zentrum argumentieren — diese Erwägungen nicht in Frage. Sie durste daher die Forderung des Zentrums nicht a limine ablehnen.“

Man sieht, die freisinnigen Mitretter der „nationalen Ehre“ fühlen sich in ihrer Haut so ungemächlich, wie nur möglich. Sie haben geradezu die Regierung an, sie bittiert und zu ihrer kolonialen Rettungsfaktion durch Vorspiegelung falscher Tatsachen hineingelockt zu haben.

Ja, warum gingen denn die Freisinnsgimpel so leicht auf die Leimruten der Regierung?!

Das „Berl. Tagebl.“ betitelt seinen Artikel übrigens bereits „Friede in Südwästafrika“. Es nimmt also an, daß jetzt endlich mit der Zurückziehung der Schutztruppe Ernst gemacht werden könne. Da das Wäldern-Blatt so vorzügliche Verbindungen mit Erzellenz Dernburg unterhält, verrät es hoffentlich auch baldigt der Öffentlichkeit, mit wieviel Truppen denn jetzt die Regierung für das Jahr 1907 in Südwästafrika auszukommen gedenkt!

Fällt dann die Antwort so aus, wie wir sie erwarten, so könnte der Freisinn ja seine Abstimmungsblamage vom 13. Dezember dadurch wieder gut zu machen suchen, daß er nunmehr auch zur Kolonialopposition abswenkt! Seine Illusionen, das Zentrum niederwerfen und ein „liberales“ Regiment schaffen zu können, haben sich ja ohnehin längst verflüchtigt! Greint doch auch in der von uns zitierten Stelle das Wäldern-Blatt wieder zum Erbarmen darüber, daß die Regierung ihm den bitteren Reiches Wahlkampfes überhört kredenz hat!

Das rheinische Zentrum

hat seinen Vohlaufauf verlassen. In der Einleitung wird versichert, daß die Auflösung des Reichstages „ohne jeden stichhaltigen Grund“ erfolgt sei; niemand habe eine Ahnung gehabt, daß die noch bestehende geringfügige Differenz zur Auflösung führen könne. Aber die Regierung „wollte keinen Ausgleich haben, trotz des Entgegenkommens des Zentrums“. Weiter heißt es:

„Man suchte einen Vorwand und man hat ihn gefunden. Dieser Vorwand war die Herabminderung des Nachtragkredits um ganze 8 000 000 M. Das ist eine Kleinigkeit bei einem südwästafrikanischen Etat von jährlich 70-80 Millionen. Der Aufstand in Südwästafrika hat bisher schon 400 Millionen verschlungen; jeder einzelne Soldat in dieser Kolonie kostet jährlich 9000-10 000 Mark.“

Leider nur vergißt der Aufsatz hinzuzufügen, daß wir die Kolonialmilitärwirtschaft nicht hätten, wenn nicht das Zentrum stets bereit gewesen wäre, dafür die nötigen Millionen und Milliarden zu bewilligen. Und die einleitende Säge, worin die Geringfügigkeit des Abstrichs und das Entgegenkommen auf Seiten des Zentrums betont werden, sie beweisen, daß das Zentrum gar nicht daran denkt, mit dem schandbaren System der Kolonial- und Weltpolitik aufzuräumen.

Der Aufsatz nennt dann als wahren Grund der Reichstagsauflösung: „Eine Steuerbewilligungsmaschine, für die in ausländischen und weltpolitischen Fragen das Budgetrecht nur auf dem Papiere steht; Stärkung des persönlichen Regiments, der unbegrenzten Pumpwirtschaft und der indirekten Steuern... Und im Hintergrunde Beseitigung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, Hemmung einer vernünftigen Sozialpolitik.“

Was diese Dinge betrifft, so hat darin der Reichstag unter Führung des Zentrums bereits soviel gefündigt, daß darin kaum noch mehr zu leisten ist. Wer war es denn, der das Budgetrecht gewissenlos preisgegeben, wenn nicht das Zentrum bei der Flottenvorlage von 1898, ebenso wie bei der von 1900. Damals erregte dieser schmählige Verrat an den Rechten des Volkes selbst in den Reihen des Zentrums lebhaften Unwillen. Herr Koerner war es, der die Beschränkung des Statrechts mit den Worten zurückwies:

„Wir halten uns für verpflichtet, dieses wichtigste der wenigen Rechte, die das Volk und die verbündeten Regierungen noch haben, unangetastet zu erhalten. Wir wollen am Ende der laufenden Legislaturperiode, wenn wir das Mandat in die Hände unserer Wähler zurückgeben, frei und frank sagen können, daß wir auch nicht das geringste von den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages aufgegeben haben.“

Herr Koerner sagte, er wolle „mit reinen Händen“ vor seine Wähler treten, und in lebhafter Weise nahm er Windthorst gegen die Zumutung in Schutz, als ob dieser Zentrumsführer sich je dazu verstanden haben würde, die Mittel der Flotte auf sechs Jahre hinaus zu bewilligen. Aber Herr Koerner blieb machtlos gegen die von Lieber geführte Majorität seiner Partei, die gewissenlos das Statrecht preisgab und damit eines der wichtigsten Volkrechte opferte. Und diese Partei hat den Mut, sich jetzt als den Hüter des Budgetrechtes aufzuspielen!

Wer hat weiter mehr zur Stärkung des persönlichen Regiments, mehr zur Stärkung des Byzantinismus getan, als das Zentrum unter Führung des Hisingers und Reichstagspräsidenten Wäldern? Wer hat die Pumpwirtschaft im Reich großgezogen, wenn nicht das Zentrum durch seine Bewilligungslust für Heer, Marine und Weltpolitik; und wer anders als diese Partei hat durch die Mitwirkung beim Zolltarif dem Volke ungeheure Lasten aufgeschuldet, unter deren Druck es zusammenbricht? Und endlich, wer weiß nicht, daß die Sozialpolitik im Reich seit lange gehemmt ist und daß diese Unfruchtbarkeit wiederum nicht zum wenigsten dem Zentrum zu danken ist; das, wenn es ernstlich für die Arbeiter etwas tun wollte, vermöge seiner ausschlaggebenden Stellung längst hätte die Sozialpolitik in ein anderes Geleise und schnelleres Tempo bringen können?

Was bezüglich des Reichstagswahlrechts vom Zentrum zu halten ist, zeigt die von der „Kölnischen Volkszeitung“ empfohlene Taktik, im gegenwärtigen Wahlkampf die Konservativen zu unterstützen, d. h. die Kandidaten derjenigen Partei, die offen ihre Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bekennen.

Bei dieser Gelegenheit darf an folgendes Vorkommnis erinnert werden. Als 1898 durch den Unfall des Zentrums die Flottenvorlage angenommen war, da ließ sich die rheinische Zentrumspartei, um den Unwillen der Wähler zu besänftigen, Herrn Deterer aus Bayern kommen, der dann in einer Versammlung in Köln sagte:

„Wäre der Flottenvorlage wegen die Auflösung des Reichstages erfolgt, so bin ich überzeugt, es wäre ein Reichstag gekommen, der der Versuchung einer anderweitigen Regelung des Reichstagswahlrechtes sehr ausgelegt gewesen wäre. Auch in dieser Beziehung ist das Fortbestehen einer großen einheitlichen Partei wie das Zentrum ein Gebot der Notwendigkeit.“

Die rheinischen Arbeiter werden sich, soweit sie zu denken vermögen, nicht durch das Gerede der Zentrumsauftritte betören lassen. Eingedenk der Tatsache, daß des Zentrums empfindlichste Stelle die rheinischen Industriekreise sind, werden sie den gewohnten Eifer verdoppeln, um der Merkmalen Herrschaft zu brechen.

Deutsches Reich.

Zentrums Sehnen.

Die Leiter des Zentrums rechnen mit zunehmender Sicherheit darauf, daß bei den bevorstehenden Wahlen eine konservativ-nationalliberal-freisinnige Regierungsmehrheit nicht zustande kommt, und die Aktuale Presse sucht deshalb den Wahlkampf so zu führen, daß der Zentrumspartei die Möglichkeit erhalten bleibt, wieder in ihre alte Stellung als nichtoffizielle Regierungspartei einzurücken. Mit einem fast komisch wirkenden Eifer betont deshalb die Zentrumspresse immer wieder von neuem, daß das Zentrum nicht grundsätzlich gegen die von der Regierung betriebene Welt- und Kolonialpolitik sei. Auch habe die Zentrumsfraktion nie daran gedacht, der Regierung die erforderlichen Soldaten für Südwästafrika zu versagen. Der Abstrich der acht Millionen Mark von dem für diese Kolonie geforderten Nachtragkredit sei denn auch nur von ganz nebensächlicher Bedeutung, eigentlich nur eine Art Formfehler. Besonders versteht die „Germania“ diese Besöhnungssituationen anzustimmen. In ihrer Dienstagsnummer leiht sie sich wieder folgenden „nationalen“ Sermon:

„Kann es denn unter den Parteien, die jahrelang mit dem Zentrum zusammengearbeitet haben, einen auch nur einigermaßen objektiv denkenden Mann geben, der im Ernste glaube, das Zentrum wolle unsere Soldaten in Südwästafrika verhungern lassen, die Kolonien, die Weltmarktstellung, die nationale Ehre usw. Deutschlands schände preisgeben, wie die „Kordb. Allg. Sig.“ dem Reichstagsler jetzt alle Tage nachspricht? Der Gedanke ist geradezu absurd. Der im Grunde doch wohl

geringfügige Streichpunkt, wegen dessen es zur „Krisis“ kam, läßt die Anwendung so großzügiger Abwendungen in den Augen ruhig denkender einfach als lächerlich erscheinen. Die Differenzen zwischen der Regierung und dem Reichstage waren am letzten Ende doch nur formeller Natur; der Inhalt unserer Soldaten, das Festhalten unserer Kolonien, die Weltstellung und Ehre des Reiches kam dabei absolut nicht in Frage. Außerdem ist vom Zentrum ausdrücklich genug gesagt worden, daß es die ihm jetzt unterworfenen Absichten nicht im entferntesten begehrt.“

Mit diesen Absichten, sich die alte Stellung offen zu halten, steht völlig im Einklang, daß das Zentrum den Konservativen immer deutlicher seine Unterstützung im Wahlkampf zusichert. Nachdem vor einigen Tagen die „Arcuzzig.“ offen erklärt hatte, sie könne eine Schwächung der konservativen Elemente im Zentrum nicht wünschen, da ein starkes Anwachsen der liberalen Mandate die Regierung zur Verabsichtung liberaler Forderungen zwingen würde, antwortet jetzt die „Germania“ mit nachstehender Gegenversicherung:

„Am Ende wird es wohl die Zentrumspartei sein, die den Konservativen in verschiedenen Wahlkreisen gegen die liberalen Regierungsparteien zum Siege verhilft. Wir haben gewiß nichts dagegen einzumenden, vorausgesetzt, daß die Konservativen annehmbare Persönlichkeiten als Mandatanten aufstellen.“

Träutes Liebchen, was willst du mehr? —

Neue Steuern!

Dem am 12. November d. J. zur Verteilung gelangten Haushaltsetat für 1907 ist eine Denkschrift beigegeben, in der es über die Bedung des Zehlbetrages heißt:

„Für das Rechnungsjahr 1907 würden die Matrifularbeiträge die zu ihrer Bedung dienenden Ueberweisungen um den erheblichen Betrag von 57 049 841 M. übersteigen. Sie müßten gleichwohl in diesem Betrage einsteuern in den Etatentwurf aufgenommen werden, um gemäß Artikel 70 Absatz 1 der Reichsverfassung das erforderliche Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Wenn nun auch nach § 3 Absatz 2 des Reformgesetzes vom 3. Juni 1906 die den Betrag von 24 242 073 M. nach der Rechnung übersteigenden Matrifularbeiträge den Bundesstaaten einsteuern zu Gunsten sind, so würden ihre Haushalte hierdurch doch mit einer Zukunftsbelastung bedroht werden, welche in solcher Höhe für sie umsonstiger erträglich wäre, als der großen Mehrzahl derselben schon die feinerzeitige Aufbringung der aus dem laufenden Rechnungsjahr im vorausgeschlagenen Beträge von 57 578 775 M. einsteuern gestundeten Matrifularbeiträge unbeschadet der Erfüllung ihrer eigenen, von Jahr zu Jahr wachsenden Kulturaufgaben nicht möglich sein würde. Die verbündeten Regierungen haben daher mit der Feststellung des Etats nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie zur dauernden Uebernahme der gesamten ungedeckten, über 24 242 073 M. hinausgehenden Matrifularbeiträge im Stande seien. Sie müssen sich sonach eine entsprechende Entlastung durch nachträgliche Ergänzung der jungen verabschiedeten Steuererlasse vorbehalten und glauben hierbei auf das Entgegenkommen des Reichstages um so sicherer rechnen zu dürfen, als er bei der Beratung der Finanzreformvorlage auch feinerzeit anerkannt hat, daß die bewilligten neuen Steuern zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalte nicht ausreichen.“

Neue direkte Steuern, die die bestehende Klasse treffen, kommen von vornherein nicht in Frage. Die Klasse des Volkes wird wieder bluten müssen! —

Nur keine Illusionen!

Die „Tägl. Rundsch.“ schreibt zu der Nachricht von der Unterwerfung der Bundeswehr:

„Selbstverständlich wird die Stärke der Truppe jetzt schneller herabgesetzt werden können, als es ohne die Unterwerfung der Bundeswehr möglich gewesen wäre. Aber der Schutz der Stationen und Farmen gegen umherziehende Räuberbanden, die Bewachung der Grenzen und die Bewachung der Gefangenen wird immer noch eine recht beträchtliche Truppenzahl erfordern. Mehr als 2500 Mann werden unseres Erachtens für längere Zeit noch gebraucht werden. Wesentliche Ersparnisse können freilich dadurch gemacht werden, daß man nunmehr bald den Kriegszustand als beendet erklärt (die Truppen also nur die Friedensgehälter beziehen) und daß man die Polizeitruppe auf Kosten der Feldtruppe wesentlich verstärkt. Das läßt sich rechtfertigen, sobald die größeren Kriegsoperationen im Süden aufhören. Nichts aber wäre verkehrter, als jetzt Hals über Kopf den größten Teil der Schutztruppe zurückzuziehen.“

Ähnliches wird bald auch in der offiziellen Presse zu lesen sein! —

Nationale Blockpolitik.

Die Gegensätze im „nationalen Block“ heften dem Spol immer neue Zielsetzungen. Zu den hauptsächlichsten Verächtern des großen konservativ-antifeministisch-nationalliberal-freisinnig-philosophischen Allianz gehört die von den großindustriellen rheinischen Scharmachern ausgehaltene „Post“. Mit dem Aufstoß der ganzen „nationalen“ Begeisterung, deren diese alternde Koalition fähig ist, predigt sie den liberalen Parteien die Unterwerfung der konservativen Zeitgenossen. Dafür soll den Freisinnigen auch ihr „Besitzstand“ an Mandaten garantiert werden, nur muß — das ist Hauptbedingung — der Freisinn von vornherein darauf verzichten, in einigen von ihm bei der letzten Wahl eroberten Wahlkreisen wieder freisinnige Kandidaten aufzustellen, sondern sie als Sühneopfer willig in die Hände der früheren Besitzerin, der Junkerpartei, zurückliefern. In Würzburg darf z. B. v. Gerlach nicht wieder kandidieren. Dieses Mandat muß feierlich seinem konservativen Gegner, Herrn v. Pappenheim, verabsichtigt werden. Außerdem sind nach vor Beginn des Wahlkampfes folgende Siege auszuliefern:

Auch in Greifswald, einem alten reichsparteilichen Kreise, wo der Liberalismus 1903 einen unerwarteten Sieg errang, in Walded, das früher lange nationalliberal vertreten war und 1903 von den Nationalliberalen freiwillig dem Freisinn eingeräumt wurde, ebenso in Zerchow I und II, wo der Freisinn in der Erbschaft für den verstorbenen Fürsten Herbert Bismarck den Sieg gewann, kann der momentane Besitzstand nicht einfach als berechtigt respektiert werden. Solche Fälle hindern aber nicht, da, wo es sich wirklich um einen langjährigen Besitzstand handelt, aussichtslose Gegenkandidaturen möglichst zu unterlassen.“

Kommt der Freisinn diesen nationalen Ehrenverpflichtungen nach, dann wollen ihm die Konservativen gütigst gestatten, bei Stichwahlen zwischen einem sozialdemokratischen und einem konservativen Kandidaten für den Vertreter der agrarischen „Heimatspolitik“ ihre Stimmen abzugeben. —

„Liberales Aera.“

Der Liberalismus treibt im Wahlkampf die ungeheuerlichste Schamäuelerei, indem er seine Mannen durch die Kata morgana einer „liberalen Aera“ auf die Weise zu bringen sucht. Seine Verbündeten von der Rechten aber erheben gegen das Zentrum zornige Anklage, daß es sich des Schlagwortes von der „liberalen Aera“ bedient, um seinen orthodoxen Wählern vor einer solchen Aera grüßelig zu machen. So schreibt der „Reichsbote“:

Wir halten diese Rede für viel zu plump, als daß sie den Zusammenschluß der nationalen Parteien da stören könnte, wo er nötig ist, und wir hoffen, es wird kein allgemeiner Kampf zwischen Konservativen

und Nationalliberalen entbrennen, obgleich einzelne liberale Zeitungen von einer liberalen Aera schwärmen, sie also dem Zentrum glücklicherweise auf den Leib getroffen sind.

Wie soll nun aber eine liberale Mehrheit im Reichstage zu Stande kommen? Nationalliberale, Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei und deutsche Volkspartei zählten im alten Reichstage 87 Mitglieder (51 + 10 + 20 + 6). Mit 79 Sozialdemokraten hatte diese „Linke“ 166 Sitze inne. Damit eine Mehrheit der Linken zustande käme, müßten diese Parteien 33 Sitze mindestens gewinnen. Nun richtet sich der Kampf der Freisinnigen und Nationalliberalen aber vielfach gegen die Sozialdemokraten, andererseits müssen sie Mitglieder der Rechten gegen die Sozialdemokratie unterwerfen. Sie müssen einfach, weil die national empfindenden Wähler es verlangen werden. Man darf daher erwarten, daß die Sozialdemokraten eher einige Sitze verlieren als gewinnen werden. Selbst wenn nur der kleinste Teil des Gewinnes der Rechten zufällt, ergibt sich für die gesamte Linke kein Gewinn, da die nationale Linke nur ihre mögliche Häufstruppe, die Sozialdemokratie, schwächt.

Der Freisinn verfallt seinem verdienten Los: dem Spott seiner eigenen Verbündeten über seine kindischen politischen Lustspiegelungen. Mit nackten Worten wird ihm bedeutet, daß er einfach der Reaktion Handlangerdienste zu leisten hat, ohne auf irgendwelche Gegenleistungen rechnen zu können!

Und die Ausführungen des „Reichsboten“ sind absolut unbefreiend. Eine „liberale Aera“ wäre nur dann möglich, wenn der Liberalismus geschlossen mit der Sozialdemokratie in den Wahlkampf gezogen wäre. Das wäre freilich nur dann möglich gewesen, wenn es noch einen wirklichen Liberalismus gegeben hätte! Doch aber in Deutschland niemals mit einer wirklich liberalen Opposition zu rechnen ist, daß die Schlichter geschlagen werden muß zwischen Sozialdemokratie und geeinter Reaktion, das beweist gerade die eigenartige Konstellation dieses Wahlkampfes!

Ein Preisausschreiben!

Die „Nationalzeitung“, das führende Organ der national-liberalen Kolonialphantasten, hat zu Weihnachten ein klassisches Preisausschreiben erlassen. Es lautet:

Ein Preisausschreiben:

Drei Preise

Mark 2000, Mark 1000, Mark 500

in bar

für die drei besten Antworten auf die Frage:

Wie machen wir unsere Kolonien rentabel?

Es gibt keine fanatischeren Kolonialschwärmer als die innerhalb der nationalliberalen Partei, als die Herren Paasche, Semler und Konforten!

Gerade die genannten beiden Herren haben ja die Kolonien bereits und diverse Bücher über unsere „herrlichen Kolonien“ geschrieben. Und trotzdem steht sich jetzt die „Nat.-Ztg.“ veranlaßt, ein solches Preisausschreiben zu erlassen!

Hoffentlich beteiligen sich auch die Herren Börmann, Zippelskirch und Poddjelski an dem Preisausschreiben. Für sie wäre die Beantwortung der Frage doch ein Kinderpiel!

Zur Fleischsteuerung.

Die Regierung hat bekanntlich vor kurzem sich zu dem geringfügigen Zugeständnis bequemt, daß frisches Fleisch als Eilgut zu gewöhnlichen Frachtpreisen befördert werden soll. Hinterher scheint ihr diese Konzession jedoch wieder leid geworden zu sein, denn sie hat dieselbe, wie jetzt bekannt wird, auf Rind- und Hammelfleisch beschränkt. Von einer Hamburger Fleischwarenfirma wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

„Die königl. Eilgutabfertigung in Halle a. S. teilt uns mit, daß die Verschickung von Fleisch frisch geschlachteten Viehes in den Eilgutspazialtarif sich nur auf frisches Fleisch von Zweifelhafem bezieht, also von Rindern, Schafen u. a. Es muß demnach bei der Verschickung von Fleisch im Frachtbriefe immer angegeben werden, von welchen Tieren das Fleisch ist.“

Da Schweinefleisch von dem Versand ausgeschlossen ist, wird das Zugeständnis der Regierung um die Hälfte geschnitten. Aus der Verantwortung der Fleischquoteninterpellation im Reichstage durch den Grafen Podawinski war nicht zu entnehmen, daß Schweinefleisch auch fortan nach dem vollen Tarif zu tragen habe. Vielleicht hat die Regierung nachträglich geglaubt, die dem Volke zu gewährenden Gabe sei zu groß, wenn auch das Schweinefleisch etwas verbilligt werde.

Hausland.

Frankreich.

Gefehgeberische Sarararbeiten.

Die Abgabensteuer hat der Finanzausschuss des Senates abgelehnt; dagegen beschloß er, die Erhebung einer Steuer von 10 Frank für jede Million des bei Gesellschaften versicherten Kapitals in Vorschlag zu bringen.

Der Ministerrat begann unter dem Vorsitze Clemenceaus die Prüfung des Gesetzesentwurfes, nach welchem die Kriegsgerichte ausnahmslos abgeschafft und die Militärpersonen für Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht vor den Zivilgerichten abgeurteilt werden sollen, jedoch unter Erhöhung des Strafmaßes. — Der Gesetzesentwurf erkennt ferner nur dem Hauptmann das Recht der Strafverurteilung zu, doch kann der Bestrafte beim Disziplinargericht des Regiments Berufung einlegen.

Dänemark.

Die Einheitschule und die Sozialdemokratie.

Auf Grund des im Jahre 1903 beschlossenen Gesetzes über die allgemeinen Schulen ist es den dänischen Kommunen möglich gemacht, an Stelle der Gemein- und der Bürgerschulen Einheitschulen zu gründen, die allen Kindern, ob arm, ob reich, den gleichen Unterricht bieten, und zwar in der Weise, daß die beschriebenen Kinder das Reifezeugnis zum Gymnasium erlangen können. Daß diese Schulreform zur Tatsache wird, hängt in den einzelnen Städten lediglich von der Zusammensetzung der Gemeindevertretung ab oder — mit anderen Worten — davon, daß die Sozialdemokratie Macht und Einfluß genug hat, um die Massenunterschiede im Schulwesen zu beseitigen. Nach dem noch immer geltenden kommunalen Zweiklassenwahlrecht hat nun die allgemeine Wählerklasse in den Stadtgemeinden einen Stimmverordneten mehr zu wählen als die höherbezahlte Klasse. Bei Beschlüssen des Gemeinderates hängt jedoch die Entscheidung in Zweifelsfällen von der Stimme des von der Regierung ernannten Bürgermeisters ab! In Aarhus hat der „liberale“ Bürgermeister sich vorläufig die Gründung der Einheitschule hintertrieben. Dort sitzen 10 Sozialdemokraten und 9 Konservative im Gemeinderat. Der „liberale“ Bürgermeister stimmte mit den Konservativen. Unser Parteigenosse Harald Jensen sagte dem liberalen Herrn samt seinem konserverbunden Anhang, daß sie eine Torheit begangen hätten, da ja nach Durchführung der bevorstehenden Reform des Gemeindevahlrechts die Einheitschule doch gesichert sei.

Wenigstens ist die Schulreform trotz des Zweiklassenwahlrechts schon in Kopenhagen, Aalborg und einigen anderen Städten beschlossen worden. In Kopenhagen, wo die Sozialdemokratie bei der Wahl im vorigen Jahre sämtliche Mandate der allgemeinen Wählerklasse eroberte und auch im Schulratswahl die Mehrheit hat, besuchten bisher 1200 der im ganzen ungefähr 4200 Schulkinder der Stadt die Bürgerschule, die übrigen die Freischule. Nach der neuen Ordnung besteht für die Gemeinde nur noch die „Volksschule“, die 7 Klassen umfaßt, von denen die 4 unteren die „Grundschule“ bilden, und die 3 oberen die „Mittelschule“, in der den beschriebenen Schülern —

unentgeltlich wie in der Volksschule — so viel Unterricht geboten wird, daß sie ins Gymnasium überzutreten können.

Die Ausgaben der Stadt erhöhen sich durch die Einheitschule um nicht mehr als 25 000 bis 30 000 Kronen im Jahre. Die „Bürgerschule“, die nun verschwinden würde Mitte des vorigen Jahrhunderts errichtet mit der Begründung, daß die besser gestellten Kinder nicht auf einer Schulbank mit den Kindern sitzen sollten, die durch Arbeit in Fabriken zu ihrem Unterhalt selbst beitragen müssen! — Man sieht, welche ein Umschwung der Anschauungen in wenigen Jahrzehnten durch die unerermüdete Tätigkeit der Sozialdemokratie herbeigeführt werden kann.

Australien.

Die Straßenbahnen von Adelaide hat der Staat (Südaustralien) durch Parlamentsbeschluß übernommen. Eine Anleihe von 280 000 Pfund Sterling soll es dem Staate ermöglichen, die Bahnen künftighin an sich zu bringen. Der Betrieb wird sofort in den elektrischen umgewandelt werden.

Neuseeland hat mit Südafrika einen Handelsvertrag auf Gegenseitigkeit abgeschlossen, der vom 1. Januar an in Kraft tritt. Man verspricht sich von ihm eine starke Belebung des Handels zwischen beiden Ländern.

Aus der Partei.

Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie

trat am Sonntag, 23. Dezember, zu Prag zusammen. Nahezu 400 Delegierte waren erschienen, daneben zahlreiche Gäste. Unter anderem waren anwesend die Reichsratsabgeordneten Hrbek und Cingr und sämtliche neugewählten tschechischen Landtagsabgeordneten aus Mähren. Die Parteiververtretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs war durch Seliger vertreten. Ferner war als Vertreter der russischen Sozialdemokratie Rußlands Nowa erschienen. Das Internationale Sekretariat in Brüssel hatte ein Begrüßungsschreiben geleistet.

Die Verhandlungen des ersten Tages bewegten sich um die Verträge der Parteiververtretung, aus denen wir die wichtigsten Angaben bereits gebracht haben. Einige Redner äußerten Unzufriedenheit mit den deutsch-österreichischen Genossen, die die Tschechen zu wenig berücksichtigt hätten. Mährisch-Prag warf dem Genossen Adler vor, daß er sich im Parlament allzusehr wie ein Hofrat benommen habe.

Zum internationalen Kongress in Stuttgart soll jede der dreißig Organisationen der Partei einen Delegierten entsenden, damit die Stärke der Partei auch nach außen zum Ausdruck komme. Der Referent zu diesem Punkte, Genosse Kemece, erklärte, daß auch die Tschechen ein Interesse daran hätten, sich in der Internationale zur Geltung zu bringen.

Am 24. Dezember wurde über die beiden Punkte Wahlreform und Organisation und Wahlen verhandelt. Am Nachmittag fand eine vertrauliche Beratung statt, in der die Frage der Kandidaturen für die kommenden Reichstagswahlen erledigt wurde.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab die Anwesenheit von 369 Delegierten, darunter 8 Frauen, 2 Bauern und 26 Gewerbetreibende.

Vom Fortschritt der Presse. An 4000 neue Abonnenten hat die „Schwäbische Tagwacht“ in den letzten drei Monaten gewonnen.

Personalien. Aus der Redaktion der „Königsberger Volkszeitung“ ist Genosse Artur Crispian ausgeschieden. Er tritt seinen neuen Posten als Parteisekretär für Westpreußen an und verlegt seinen Wohnsitz nach Elbing.

Soziales.

Aufbewahrung der Leiche eines Veteranen im Schweinefall.

In dem Armenhaus zu Palkau in Westpreußen starb ein 89 Jahre alter Kriegsveteran, der „in zwei Feldzügen für Deutschlands Ruhm und Ehre gestritten hat“. Es war im Armenhause kein Würdigen vorhanden, wo die Leiche des Alten hätte aufbewahrt werden können. Da schaffte man die Leiche des toten Proleten in den Schweinefall. Am Tage der Beerdigung mußte ein Leidtragender über den Sarg in den Schweinefall hineinklettern, damit die Leiche aus dem Stall herausgetragen werden konnte. Auf dem Friedhof des Dorfes, ein armenheiliges Eiland Land, das nicht einmal mit einem Baum umgeben ist, fand der alte Krieger endlich die Ruhe. Den Angehörigen des Toten war es überdies noch ziemlich schwierig, geistlichen Beistand zum Begräbnis zu erhalten. Der erste Pfarrer war krank, der zweite heiser. Schließlich gelang es einem Kaplan mit einem Nebediener zu gewinnen. Der zweite Pfarrer meinte, es wäre doch nicht schlimm, wenn die Leiche des Veteranen ohne Messe und ohne die Beteiligung eines Pfarrers begraben werden würde. Dieselbe Ansicht werden viele teilen. Aber Geistliche dürfen von ihrem Standpunkte aus als „Diener des Herrn“ und auf Grund ihrer Lehren doch wohl zu anderer Veranlassung den Nebenmenschen gegenüber verpflichtet sein, die, wie in diesem Falle, geistliche Mitwirkung wünschen.

Selbst der Tod vermag also in unserer Gesellschaftsordnung die Klutz nicht auszufüllen, die sich zwischen Arm und Reich lassend aufstaut. Ist auch die Leiche eines Großgrundbesitzers oder Großindustriellen im Schweinefall aufbewahrt?

Zusammenhang zwischen Unfall und Tod.

Ein interessanter Rentenfall wurde vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz dieser Tage zugunsten der Rentenanwärterin entschieden. Witwenrente und Sterbegeld beanspruchte die Witwe des Arbeiters A., der im November 1904 eine Beinverletzung in Ausübung seines Berufes erlitten hatte, an die sich eine Blutergussung angeschlossen. A. wurde nicht wieder arbeitsfähig und starb schließlich am 2. August 1906. Als Todesursache war Magenentzündung und Lungenüberlastung festgestellt worden. Von drei ärztlichen Gutachten sprach sich nur eins für einen indirekten Zusammenhang der Unfallfolgen mit dem Tode aus. Deshalb hatte die an sich verpflichtete Versicherungs-Gesellschaft die Renten- und Sterbegeldansprüche der Witwe abschlägig beschieden. Das Schiedsgericht holte nun ein Gutachten ein, das sich unter ausführlicher Begründung für den Zusammenhang von Unfall und Tod aussprach. Es wurde darin gesagt, daß die durch den Unfall eingetretene Infektion das auslösende Moment der latent bei A. bestehenden Tuberkulose gewesen sei und auch die Heilung des bestehenden Magenleidens verhindert habe. Der Witwe Anspruch wurde deshalb anerkannt.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Die durch die elenden Zustände im Bergbau geschaffene Not in Perioden wirtschaftlicher Prosperität läßt die Unternehmer auf die wohlhablichsten Kunststücke verfallen, um die Produktivität der Werke zu steigern. So sind im mitteldeutschen Braunkohlenrevier nach Einführung der neunstündigen Arbeitstunde Ueberstunden geleistet worden, daß die durch neuwuchernden Streik erreichte Beurlaubung der Arbeitszeit damit gleichsam illusorisch gemacht worden ist. Neuerdings ist man auf einigen Gruben des Weipenfelds-Bezirks Weipenfelds dazu übergegangen, eine siebenste Schicht einzulegen!

Um dies zu ermöglichen, muß die Tageschicht Sonnabends früh 4 Uhr mit der Arbeit beginnen. Nachdem um 1 Uhr die Schicht zu Ende ist, tritt die andere Schicht an und nachts 1 Uhr geht die erste Schicht wieder auf Arbeit, um bis in den Sonntag morgen hinein bis zur Kirchzeit im Bergbau zu schufteln! Die Leute haben also von 30 Stunden gut 18

unter Tage bei der Kohlenförderung zugebracht. Verschlagen und todmüde schleppen sie sich am Sonntagvormittag „bei Orgelson und Glockenklang“ nach Hause, um den „von Gott eingesetzten“ Ruhetag zu verschlafen.

Diese Art, die Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden zu zwingen, widerspricht dem Gesetz. Zunächst handelt es sich hier offenbar um eine „Sonntagsverletzung“. Dann aber widerspricht diese Arbeitsmethode dem klaren Wortlaut der Vergesellschaftung und der durch sie geschaffenen neuen Arbeitsordnung. Diese Arbeitsordnungen, nebenbei bemerkt die rigorossten in der gesamten deutschen Industrie, schreiben Ueberstunden bis zu acht die Woche vor. Nun bedeutet aber die eingelegte Schicht allein eine Ueberarbeit von neun Stunden; abgesehen davon, daß in vielen Fällen außerdem noch täglich mindestens eine Stunde länger gearbeitet worden ist. Einen Zuschlag für die Ueberarbeit gibt's nicht. Unter Mitwirkung der preussischen Berginspektionsbeamten sind feinerzeit die berüchtigten Arbeitsordnungen entstanden; das System der heutigen Berginspektion hat nichts gegen die stetig höher anschwellende Unfallziffer im Bergbau vermocht. Sind die neuesten Gesetzesübertretungen seitens des Kapitals der Berginspektion besonnen? Ist sie ihnen gegenüber machtlos?

So spannt angesichts der Reichstagswahlen das Unternehmertum den Bogen aufs äußerste. Auch die Lohnforderung der Bergleute harret noch immer ihrer Erledigung. Zu allem Ueberflus hat man kurz vor den Feiertagen den Vorsitzenden der Lohnkommission vom letzten großen Streik nach kurzer Tätigkeit abermals aufs Pfahler gemorren. So wirken in den mitteldeutschen Braunkohlen mit starker Bergarbeiterbevölkerung diesmal alle Momente zusammen, um für die Kandidaten der Sozialdemokratie das Beste erhoffen zu lassen.

Gerichts-Zeitung.

Einsteigen in eine falsche Klasse des Stadtbahnabteils

hat für den Hauptbeteiligten, den Eisenbahner Otto Hönike, sehr üble Folgen gehabt. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung mußte sich H. gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II verantworten. Am 13. August dieses Jahres wollte der Angeklagte mit drei Bekannten vom Bahnhof Hermannstraße aus die Ringbahn benutzen. Zwei seiner Bekannten hatten Fahrkarten zweiter Klasse, während er selbst und der vierte nur Karten dritter Klasse gelöst hatten. Der letztere stieg auch in den Wagen dritter Klasse ein, während der Angeklagte zweiter Klasse einstieg. Dies war von dem Revisor Dandol bemerkt worden, der auf der nächsten Station die Fahrkarten revidierte. Der Angeklagte weigerte sich, seine Karte vorzuzeigen und blieb auch trotz wiederholter Aufforderung des Beamten, ihm nach dem Stationsbureau zu folgen, in dem Wagen sitzen. Mit Hilfe der sämtlichen Stationsbeamten sollte H. schließlich gewaltsam aus dem Eisenbahnwagen entfernt werden. Als die Beamten in das Abteil eintraten, soll der Angeklagte geschlagen haben; dann soll er sich krampfhaft an dem Gepäck festgehalten und die Beamten, die ihn losreißen wollten, mit Nuthritten resistiert haben. Erst mit vieler Mühe gelang es den Eisenbahnbeamten, den wie toll sich gebärdenden Angeklagten nach dem Stationsbureau zu schaffen. Hier mußte er, als ein Schuttmann erschien, von den Beamten festgehalten werden. Diesen Erzech mußte H. mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat büßen, die ihm von dem Schöffengericht Witzdorf zubilligt wurde. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung war gestern vor der Strafkammer ohne Erfolg. Die erneute Beweisaufnahme erbrachte denselben Sachverhalt, den das Schöffengericht festgestellt hatte.

Tanz ein Laster?

Der Männergesangsverein Reinisdorf hatte am zweiten Pfingstfeiertag im Lokal von Ramlow zu Schönholz in geschlossener Gesellschaft ein Frühkonzert, bei dem auch getanzt wurde. Dadurch sollte der Vorsitzende Kaiser die Oberpräsidialverordnung vom 4. November 1898 — die sogenannte Verkommungsverordnung — übertreten haben. Nach der Verordnung dürfen in Lokalen Tanzlustbarkeiten, auch solche geschlossener Gesellschaften, nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen. Angeklagter wurde vom Schöffen- und Landgericht verurteilt und das Kammergericht verwarf die Revision als unbegründet. Durch jenes Verbot wurde auch der Vormittag umfaßt. Die Verordnung sei auch mit Recht angewendet worden. Zwischen 5 und 7 Uhr früh herrsche zu Pfingsten schon ein reges Leben, so daß durch den Tanz und die Tanzmusik die äußere Heiligung des Festtages hätte gestört werden können! — Das für verbotene Sünden müssen das doch sein, deren Andachtsstimmung durch Tanz und Tanzmusik gestört wird. Daß für deren Seelenheil und Andachtsstimmung die Polizei sorgen zu müssen glaubt, mag recht verdienstvoll sein. Aber dient solche Sorge wirklich dem öffentlichen Interesse und ist sie mit der Verfassung vereinbar? Im Gegenja zu der jetzigen kammergerichtlichen Auffassung bestreiten wir das und wissen uns da mit dem früheren, besser unterrichteten Kammergericht eins.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wiederwahl eines Nichtbeschäftigten.

Mülheim am Rain (Großherzogtum Hessen), 27. Dezember. (Privatdepesche des „Vornwärts“) Bei der heutigen zweimaligen Weigeordnetenwahl erhielt bei 800 Wahlberechtigten unser Genosse Arbeitersekretär Peter Jahn 511, der Gegenkandidat Peter Schilling, Sporthausbesitzer, 257 Stimmen, der Stimme enthielten sich 118, ungültig waren 9 Zettel. Das Resultat vom Vorjahre war: Jahn 489, der Segner 340 Stimmen. Stimmentreuhaftig waren 928, abgegebene Stimmen 849, enthalten haben sich 79, ungültig waren 11 Zettel. Genosse Jahn ist also zum zweiten Male mit größerer Mehrheit zum Weigeordneten der Gemeinde Mülheim am Rain gewählt.

Wahlrechtsdemonstration.

Wien, 27. Dezember. (B. Z.) Heute ist die Mehrzahl der Landtage zu einer kurzen Session zusammengetreten. Während der Landtagssession in Triest demonstrieren etwa 6000 Personen vor dem Rathause zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag und den Gemeinderat. Eine Deputation des Gefasultes Komitees der sozialdemokratischen Partei überreichte dem Landeshauptmann und dem Statthalter eine Denkschrift, in der die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gefordert wird. Der Landeshauptmann brachte die Denkschrift zur Kenntnis des Landtages, der sie dem Landesauschusse zusandte. Die Manifestanten drückten dann unter Huderufen auf das allgemeine Wahlrecht die Strafen und zerstreuten sich später ohne Zwischenfall. — Auch im westerwäldischen Landtage ist ein Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag eingebracht worden.

Eisenbahnunfall.

Gölarate, 27. Dezember. (B. Z.) Der elektrische Zug Varese-Rom fuhr in dem besagten Bahnhofs auf eine dort stehende Lokomotive auf. Zwei Waggon wurden zertrümmert und vierzehn Personen verletzt, von diesen vier schwer.

Gegen den weißen Schrecken.

Petersburg, 25. Dezember. (B. Z.) Die sozialrevolutionäre Partei hob durch überwiegende Stimmenmehrheit den anfänglichen Beschluß, sich während der Dumawahlen terroristischer Akte zu enthalten, auf, da diese unter den bestehenden Verhältnissen das einzige Kampfmittel gegen die Regierung seien.

Die russische Revolution.

Der russische Vampir.

Helsingfors, 26. Dezember. (Fig. Ver.)

Allgemeine Aufregung wurde hier durch die Beschlagnahme der finnischen Post auf dem Bahnhof in Petersburg hervorgerufen. Der von Helsingfors abends 8 Uhr abgehende Postzug wurde Dienstag morgen auf dem finnischen Bahnhof in Petersburg einer Durchsuchung unterzogen, die Postsendungen mit Beschlagnahme versehen, wie man erfährt, der Geheimpolizei überbracht, wo eine Sichtung vorgenommen wurde. Die „unverdächtigen“ Postfächer sind dann abends an die Postverwaltung auf der finnischen Bahnstation wieder zurückgebracht. Der Rest dagegen — sowohl Zeitungen als auch Briefe — von der politischen Polizei zurückgehalten worden. Die Beschlagnahme ist von den Gendarmenobersten Legat und Sasarewski ausgeführt, von denen der erstere unter Bobrikow Chef der Gendarmerie in Helsingfors war und jetzt auf dem finnischen Bahnhof in Petersburg stationiert ist; der zweite, Sasarewski, spielte in den Jahren 1897 und 1898 als Gendarmenoberst eine bedeutende Rolle bei den ersten Massenverhaftungen unter den lettischen Sozialdemokraten in Libau (Ludlow) und ist jetzt Vorsteher der Gendarmerie in Finnland mit Wohnort in Helsingfors. Der Senat verlangt nunmehr die Entsendung der beiden, doch darauf wird das Polizeidepartement kaum eingehen. Oberst Legat hat bereits eine Rangenherabsetzung erhalten, und das ist auch eine Antwort! Bei der Beschlagnahme erklärten Legat und Sasarewski, daß man auf diese Weise den „Anarchisten“ und Revolutionären in Finnland auf die Spur kommen wolle. Die offizielle Darstellung des Falles durch den nach Petersburg gesandten Senatsbeamten Serwin ist noch aus.

Die Wahlkampagne.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 27. Dezember. Eine in Kaslau vorgenommene Enquete unter den Handelsangestellten über ihre Stellung bei den kommenden Wahlen ergab ein interessantes Resultat. Trotz aller Einschüchterungen nämlich erklärten sich 53 Proz. für die Kadetten, einige 40 Proz. für die Sozialdemokraten und nur 2 Proz. für den Verband des russischen Volkes.

Zwei Telegramme aus Petersburg zeigen, wie Nikolaus zu regieren beabsichtigt und wie „Väterchen“, der so arg verkannte gute Jar, ständig bedacht ist, für das Wohl seines „geliebten“ Volkes zu sorgen.

Petersburg, 26. Dezember. (V. S.) Ein hervorstechendes Mitglied des Kabinetts erklärte in einer Unterredung, die Regierung werde vor der neuen Reichsduma von vornherein auf das unabweisbarste die Notwendigkeit der kaiserlichen Prärogative betonen; die Minister absolut unabhängig zu ernennen oder abzusetzen und keinerlei Einfluß der Duma in dieser Hinsicht zuzulassen. Dem Jaren siehe es frei, Parlamentarier oder andere tüchtige Männer zu erwählen. Der Reichsduma würden keine Vortrefflichen angeliefert werden.

Petersburg, 27. Dezember. (V. S.) Wie in Regierungskreisen berichtet wird, ist zu Neujahr ein kaiserlicher Ulas zu erwarten, der neuerdings eine ganze Reihe von Reformen in der inneren Verwaltung des Reiches publizieren wird.

„Reformen“! — Man kennt die „Neujahrsgeschenke“ vom Schläge des hier in Aussicht gestellten zur Genüge.

Rebogator.

Am Montag wurde im Prozeß gegen den Admiral Rebogator, der sich den Japanern bei Tsushima ohne Schwertschlag ergab, das Urteil gefällt: Rebogator und die Kommandeure der drei Panzerkreuzer „Smetnow“, „Gregorieff“, „Richtre“ wurden zum Tode verurteilt. Angesichts mildernder Umstände und des langjährigen tadelloser Dienstes beschloß das Gericht jedoch, den Kaiser zu ersuchen, die Todesstrafe für alle vier Verurteilten in eine zehnjährige Festungshaft umzuwandeln.

Der Offiziere wurden zu Festungshaft von zwei bis zu vier Monaten verurteilt, die übrigen freigesprochen.

Der „pour le merito“ hätte Rebogator — wie seinen Kameraden Stössel — vielleicht retten können.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue „Wohlfahrt“.

Der Förder Bergwerks- und Hüttenverein hat, wie die „Fr. Ztg.“ berichtet, eine Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingerichtet. Gegen Zahlung eines Wochenbeitrages von 10 Pf. erhalten die Mitglieder der Kasse bei Fehlen infolge Mangels an Arbeit einen entsprechenden Schicksal. Das ist wirklich eine famosere Wohlfahrt für den — Unternehmer! Tritt Arbeitslosigkeit ein, werden die Nichtmitglieder der Kasse entlassen und die anderen erhalten Lohn aus der eigenen Sparbüchse. Der Unternehmer hat nicht mehr notwendig, irgend welche Opfer zu bringen, um sich einen eingearbeiteten Arbeiterstamm zu erhalten. Ja es kann so kommen, daß bei Arbeitslosigkeit zunächst die Kassenmitglieder feiern müssen und ein paar Groschen aus der Kasse erhalten, während die Nichtmitglieder weiter beschäftigt werden. Der Unternehmer kommt über eine stille Zeit hinweg, ohne Opfer zu bringen und ohne einen Mann von den eingearbeiteten Leuten zu verlieren. Die richtig angewandte Wohlfahrt mit Arbeitergroßchen ist für den Unternehmer immer ein gutes Geschäft.

Was sie erwarten. Die glänzende Lage des Bergbaues kommt recht deutlich in den Ausbeuteziffern in Erscheinung. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt die für eine Reihe von Gewerkschaften im Jahre 1905 und für die bisher pro 1000 gezahlte Ausbeute pro Tag an.

Table with 2 columns: Location and Output (1905, 1906). Locations include Alexanderhall, Peterrode, Turbath, Glindauf-Sonderhausen, Hohenfeld, Wilhelmshall, Winterhall, Neuhafurt.

Die Gewerkschaften zahlen eine Extra-Weihnachtsausbeute, diese, sowie die letzte Quartalausbeute pro 1000 kommt also noch hinzu, so daß sich für das laufende Jahr eine ganz erheblich höhere Ausbeute ergibt.

Auch ein Beweis für die Heilsucht. Im November 1906 wurden in Deutschland eingeführt 1 489 716 Gänse. Dagegen wurden in den vier letzten Jahren eingeführt: 8 343 868, 6 719 972, 7 314 723 resp. 7 254 145 Stück; mithin im Durchschnitt pro Monat 555 000 — 696 322. Die vermehrte Einfuhr ist eine Folge der unerwartungsvollen Schweinefleischpreise. Wahrscheinlich werden die Jünger nun auch bald herausfinden, daß eine Grenzsperrre für Gänse im Interesse der Gesundheit der nationalen Gans unerlässlich ist.

Große Petroleumquellen sind auf der Manitoulin-Insel am Huronensee entdeckt worden; ferner liegen Angaben dafür vor, daß sich auch auf der St. Josephsinsel Petroleumquellen befinden. In Kanada rechnet man bereits mit der Möglichkeit, ein Konkurrenzunternehmen zum Standard Oil Trust zu gründen.

Gewerkschaftliches.

Terror.

Man kann jedes beliebige „christliche“ Organ in die Hand nehmen und dabei überzeugt sein, darin irgend eine, dazu womöglich aus den Fingern gesogene Geschichte über den „Terrorismus“ freigezwungen organisierter Arbeiter gegen die andersorganisierten zu finden. Was man nie in der christlichen Presse findet, ist ein Widerruf dieser Erzählungen, wenn sie von der Arbeiterpresse als erlogen gekennzeichnet sind, und was man auch nie finden wird, ist eine Aufzählung der zahllosen Fälle „christlichen“ Terrors.

Im letzten „Zimmerer“ lesen wir: „Auf Bege „Kabbod“ arbeiteten sechs zentralorganisierte und fünf christlich organisierte Zimmerer im besten Einvernehmen. Sie gewannen Vertrauen zueinander und schließlich fühlten die Christlichen sich veranlaßt, ohne daß auf sie eingewirkt worden wäre, dem Zentralverbande beizutreten. Davon erfährt ein Vorstandsmitglied der Christlichen, namens Hehner, der nichts Gileriges zu tun hatte, als die verirrten Schafe wieder der christlichen Herde zuzuführen. Das kostete Mühe, aber es gelang. Damit hätte sich doch nun dieser Seelenretter begnügen sollen. Allein ihn dürstete nach Rache. Er ging hin und denunzierte die freigezwungenen Kameraden bei ihren Logi-gebern und bewirkte damit, daß ihnen die Wohnung gekündigt wurde. Und weil im Dete ein anderes Logis nicht zu bekommen war, saßen die Sechse sich zur Abreise gezwungen.“

Womöglich noch „christlicher“ benahm sich ein Zimmergeselle Kirstein, der auf dem Scharffschen Holzhohe zu Vogelfang in Westpreußen beschäftigt war. Als dieser Kauterchrist am 14. August d. J. von einem Kollegen wegen seiner Nichtzugehörigkeit zur Organisation zur Rede gestellt wurde, warf er diesen auf die im Gange befindliche Kreisfrage, jedoch der so Behandelte, wenn er nicht rechtzeitig von dem Zimmerer Kowalski fortgerissen worden wäre, beide seine verloren hätte! Einen Kollegen, der den Vorfall ans Bezirkskommando berichtete (der kräftige Kirstein bezieht vom Militär eine „Invaliden“-Rente) verfluchte er wegen Veleidigung! Der Beslagte wurde aber freigesprochen. Die christliche Heldentat ist also allemählig festgelegt!

Nun gibt es sicher überall Nowdies. Nichts natürlicher, daß sich auch in der ungeheuren Masse freigezwungen organisierter Arbeiter solche finden und kein Wunder, daß das auch bei den Gewerkschaftsschritten der Fall ist. Wann wir die christlichen Gewerkschaften bekämpfen, geschieht es aus prinzipiellen Gründen. Deswegen, weil wir eine konfessionell gespaltene Arbeiterbewegung für unfruchtbar halten, für unfähig, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam wahrzunehmen. Und namentlich auch deswegen, weil die in den christlichen Gewerkschaften von Nicht-Arbeitern gepredigte Möglichkeit eines harmonischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit auf christlicher Grundlage die Arbeiter über die rauhe Wirklichkeit, über die Tatsache der Klassenspaltung täuscht und sie so veranlaßt, den Nebel zur Verbesserung ihrer Lage an falscher Stelle anzusehen. Und fällt es deswegen nicht ein, die zahllosen Fälle zu registrieren, in denen christliche Arbeiter sich in genau derselben Weise gegen andersgesinnte vergehen, wie die christliche Presse dies den freigezwungen organisierten vorwirft. Aber man soll doch auf der anderen Seite wissen, daß auch und derartiges Material sehr wohl zur Verfügung stünde. Deswegen konstatieren wir hier einige Einzelfälle, die in ihrer Art durchaus typisch sind!

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung in der Holzindustrie.

Weshalb trat das Einigungsamt zusammen, um auf Antrag des Holzarbeiter-Verbandes darüber zu entscheiden, ob die Vorbereitungen, welche die Tischlermeister schon jetzt für die von ihnen geplante Aussperrung getroffen haben, mit dem Vertrage vereinbar sind oder nicht. Es handelt sich um die von der Leitung der Arbeitgeber in der „Nachzeitung“ der Tischlermeister vom 16. Dezember erlassene Anweisung, welche dahin geht: 1. Laufende Afforde müssen spätestens am 12. Januar beendet sein. 2. Lohnarbeiter, welche Kündigung haben, sind am 20. Dezember zu kündigen. 3. Nach den Feiertagen dürfen keine Arbeiter mehr eingestellt werden. 4. Am 12. Januar sind sämtliche Arbeiter zu entlassen.

Glode begründete den Antrag des Holzarbeiter-Verbandes, der dahin geht: Das Einigungsamt möge beschließen, die vorstehenden Anordnungen der Arbeitgeber sind zurückzuführen, weil sie einen Bruch des bis zum 15. Januar laufenden Vertrages bedeuten. Der Redner sagte unter anderem: Gegen eine Agitation der Arbeitgeber zugunsten der Aussperrung, welche sie nach dem Ablauf des Vertrages ins Werk zu setzen denken, werde von den Arbeitern nichts eingewandt. Aber die in der „Nachzeitung“ erlassenen speziellen Verhaltensmaßregeln müßten als Vertragsbruch angesehen werden, um so mehr, da ja die Arbeitgeber betonen, sie wollen nicht ohne Vertrag weiterarbeiten lassen.

Erh, der namens der Unternehmer das Wort führte, betrat den Standpunkt, der Vertrag laufe nicht am 15., sondern am 14. Januar, einem Montag, ab. Am vorhergehenden Sonnabend, dem 12. Januar, solle die Aussperrung beginnen. Es sei zweifelhaft, ob der 14. Januar noch unter den Vertrag falle oder nicht. Wenn man annehmen sollte, der Vertrag gelte noch am 14. Januar, dann käme für die Annahme des Vertragsbruchs nur ein Tag in Frage. Bezüglich der Verhaltensmaßregeln selbst erklärte der Redner, die Punkte 1, 2 und 4 werden von den Unternehmern in vollem Umfang aufrechterhalten, doch seien sie bereit, den Punkt 3 dahin zu erläutern, daß er sich nur auf Affordarbeiter und nicht auf Lohnarbeiter bezieht. Affordarbeiter sollen nach den Feiertagen aus dem Grunde nicht mehr eingestellt werden, weil sonst die übernommenen Afforde bis zum 12. Januar nicht mehr fertiggestellt werden können. Die Arbeitgeber sind nicht der Meinung, daß die Verhaltensmaßregeln als Vertragsbruch angesehen werden können.

Es gab nun eine längere Auseinandersetzung über die beiderseitigen Auffassungen. Die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes verteidigten auf einen Fall, der für die Schlichtungskommission beschäftigt hatte. In diesem Falle erklärten es die Arbeitnehmer den Arbeitsschweiger dazu benützen wurden, um in Erwartung eines einseitigen Kampfes ihre Kollegen schon während der Vertragsdauer nach der Provinz abzuschieben. Dieser Standpunkt der Arbeitgeber beweist, daß sie selbst es für einen Vertragsbruch halten, wenn während der Vertragsdauer Vorbereitungen zum Kampf getroffen werden. Wir haben — sagte Glode — erklärt, daß auch wir diesen Standpunkt teilen. Jetzt begehen nun die Arbeitgeber einen zweifelslosen Vertragsbruch, denn die Verhaltensmaßregeln stellen nicht nur Vorbereitungen zur Aussperrung dar, sondern, wenn sie in allen Punkten befolgt werden, so beginnt die Aussperrung schon jetzt. Wenn die Unternehmer von jetzt an keine Arbeiter mehr einstellen wollen, so ist das tatsächlich der Beginn der Aussperrung. Wenn der Holzarbeiter-Verband die An-

ordnung treffen würde, daß jetzt kein Arbeiter in bestimmten Betrieben mehr anfangen darf — was mit der Anordnung der Meister auf gleicher Stufe stünde — so würde das ohne weiteres als Vertragsbruch angesehen werden. Das ist ja gerade der Zweck des bestehenden Vertrages, daß während seiner Dauer Streiks sowohl wie Aussperrungen nicht ins Werk gesetzt werden sollen. Wenn die Unternehmer sogleich nach dem Ablauf des Vertrages aussperrten wollen, so sind sie dazu berechtigt. Dagegen ist der Beginn der allgemeinen Aussperrung am 12. Januar unter allen Umständen ein Vertragsbruch, ebenso wie die Vorbereitungen, die jetzt schon im Hinblick auf die Aussperrung getroffen werden.

Schließlich kam es auch noch zu einer kurzen, aber lebhaften Auseinandersetzung über die Frage der Vertragsverlängerung selbst. Nach dem Holzarbeiter-Verband hielt den Unternehmern ihre absehnendes Verhalten vor und sagte: Sie wollen uns zum Abschluß eines Vertrages zwingen, welcher nicht nur keine Verbesserungen, sondern sogar einige Verschlechterungen enthalten soll. Sie wollen den Arbeitgebern Ihren Willen aufzwingen und heben sie deshalb gegen uns auf. — Hierzu führte Erh aus: Die Arbeitgeber seien beim besten Willen nicht in der Lage, Lohn erhöhungen zu bewilligen, auch seien ja die Löhne während der Vertragsdauer schon um 8 Proz. gestiegen. — Hierauf bemerkte Glode: Sie haben ja bei den bisherigen Vertragsverhandlungen nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Wir dagegen sind bereit, Vergleichsvorschläge entgegenzunehmen. Als in einer der verflochtenen Sitzungen der Herr Vorsitzende sich bereit erklärte, Vergleichsvorschläge zu machen, sagte Obermeister Kahardt, seine Kollegen wollten keine Vergleichsvorschläge hören. Sie, meine Herren Unternehmer, halten eben die gegenwärtige Zeit besonders günstig für die Aussperrung und deshalb zwingen Sie die übrigen Arbeitgeber, Ihrer Resolution zuzustimmen.

Nach längerer Beratung des Einigungsamtes verländelte der Vorsitzende v. Schulz: Den Parteien sind Einigungsvorschläge gemacht worden, es ist aber noch nicht gelungen, eine Verständigung zu erzielen. Da ein Mitglied des Einigungsamtes nicht Zeit hat, sich noch länger an den Verhandlungen zu beteiligen, so werden die weiteren Verhandlungen bis zum 20. d. Mts. vertagt.

Deutsches Reich.

Der Kampf zwischen den Reedern und dem Verein der Schiffs-Offiziere

nimmt seinen Fortgang. In einer an Bord des Dampfers „Kaiserin Auguste Victoria“ stattgefundenen Versammlung der Kapitäne und Offiziere der Hamburg-Amerika-Linie betonte der Direktor Kapitän zur See J. D. v. Grumme, daß es nicht die Absicht der Hamburg-Amerika-Linie, ebensowenig die der übrigen Reedereien sei, den Kapitänen und Offizieren das Recht der Vereinsbildung zu bestreiten oder zu beschränken; im Gegenteil könne jeder Verein, der sich zur Aufgabe lege, die Interessen der Schiffs-Offiziere in „angemessener Weise“ wahrzunehmen der freundlichen Förderung von Seiten der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie sicher sein. Die Kapitäne und Offiziere könnten aber nicht erwarten, daß die deutschen Reedereien sich einem Verein gegenüber passiv verhalten, welcher in direkter Oppositionstellung gegen die Schiffsahrtsgesellschaften getreten sei und gegen dieselben feindselig vorgehe. Einem solchen Verein als Mitglied anzugehören, sei mit der Stellung eines Offiziers der Hamburg-Amerika-Linie unvereinbar. Wenn die Kapitäne und Offiziere glaubten, über irgend etwas Beschwerde führen zu müssen, so bedürfte sie nicht einer solchen Waffe, um ihre Beschwerden zur Geltung zu bringen, sondern könnten etwaige Wünsche vertrauensvoll ihrer Direktion vorbringen und sicher sein, daß dieselben wohlwollend aufgenommen und geprüft würden, oder sie könnten sich zu einem Verein zusammenschließen, der in angemessener Weise ihre Wünsche vertrete. Kapitän v. Gramms schloß mit der Drohung: „Das ist alles, was ich Ihnen zu sagen habe. Sie werden jetzt selbst zu entscheiden haben, welche Stellungnahme zu dem Verein Sie Ihrer Familie und sich selbst gegenüber beantworten zu können glauben.“

Für die wegen ihres Festhaltens an dem Verein ausgesperrten Steuerleute ist es angeblich gelungen, andere Steuerleute — also Streikbrecher — als Ersatz zu finden.

Vielleicht nehmen die ausgesperrten Schiffs-Offiziere in der unheimlichen Nähe, die das Reedertum ihnen auferlegt, einmal ihren Marx-Twain zur Hand und lesen eine sehr ernsthafte Geschichte, die der bekannte amerikanische Humorist, der in seiner Jugend bekanntlich Wiffstipplosse war, geschrieben hat. Wir meinen die Erzählung: „Das Lotien-Monopol“. Da heißt es unter anderem:

„Nach und nach waren alle unbrauchbaren, häßlichen Lotien und ein Dugend Lotien ersten Ranges im Verein, während neun Behälter der besten Lotien sich demselben fernhielten und über ihn lachten. Der Verein gab dem ganzen Fluß Stoff zu Scherzen. Jedermann wiggelte über die Bestimmung, daß die Mitglieder monatlich zehn Prozent ihres Verdienstes zur Erhaltung des Vereins in die Kasse zahlen sollten, während alle Mitglieder verhöflich und gedächelt waren und niemand sie beschästigen wollte. Jedermann war dem Verein dankbar dafür, daß er alle unbrauchbaren Lotien aus dem Wege räumte und so das ganze Feld den Vortrefflichsten und Würdigsten überließ; und nicht nur dafür war man dankbar, sondern auch für das naturgemäß folgende Resultat, — nämlich das allmähliche Steigen der Löhne, als die rege Geschäftstätigkeit herauskam. Die Löhne waren von hundert auf hundertfünfzig Dollar gestiegen; und es war äußerst spaßhaft, daß dieses reizende Ergebnis durch eine Körperschaft von Männern herbeigeführt worden war, von denen nicht einer den geringsten Reizen davon hatte. Einige der Spahmacher benutzten manchmal das Vereinslosal und erboten sich spöttlich, Mitglieder des Vereins aus Warmherzigkeit für eine Pfort als Steuerer mitzunehmen, damit dieselben den Strom nicht ganz vergähnen. Der Verein in dessen war zufrieden; wenigstens gab er kein Zeichen vom Gegenteil. Hin und wieder nahm er einen Losen auf, der gerade „Rech“ hatte, und sagte dessen Namen seiner Liste bei; und dieser spätere Zuwachs war sehr wertvoll, weil es gute Loien waren und die schlechtesten dem Verein schon lange angehörien. Als das Geschäft lebhafter wurde, stiegen die Löhne noch und nach auf zweihundertfünfzig Dollar; die vom Verein festgesetzte Höhe, und erhielten sich dauernd auf diesem Wege. Die Heiterkeit auf Kosten des Vereins überließ jetzt alle Grenzen, denn noch immer zog kein Mitglied denselben Reizen darauf, weil niemand engagiert wurde. Endlos waren die Späße, welche die armen Märtyrer über sich ergehen lassen mußten.“

Doch keine Gasse ist so lang, daß sie nicht ein Ende hat. Der Winter kam heran, das Geschäft verdoppelte und verdreifachte sich und eine Lavine von Dampfbooten kam vom Mississippi, Jänis und dem oberen Mississippi herab, um es einmal in der New-Orleansfahrt zu versuchen. Unpöglich waren Lotien sehr gesucht, aber in verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden. Die Zeit der Vergeltung war gekommen. Es war eine bittere Wille, endlich Vereinslosal annehmen zu müssen, doch Kapitäne und Schiffsseglentümer saßen beide ein, daß es keinen anderen Ausweg gab. Aber keiner von diesen Geächteten bot sich an! Es war also eine noch bittere Wille herabzuwürgen; sie mußten aufgeschult und um ihre Dienste gebeten werden. Kapitän Er war der erste, der es nötig fand, die Lots einzunehmen, obgleich er der lauteste Verpöchter der Organisation gewesen war. Er suchte einen der besten Vereinslosal an und sagte: „Nun, Ihr Lotien habt jetzt auf eine Weile die Oberhand über uns gewonnen; ich will daher möglichst gute Lotien zum bösen Spiel machen. Ich bin gekommen, um Sie zu engagieren; schaffen Sie sofort Ihre Lotien an Bord. Um zwölf Uhr fahen wird.“

„Das weiß ich noch nicht gewiß. Wer ist Ihr zweites Lotie?“

J. S. — Warum?
 „Ich kann nicht mit ihm fahren. Er gehört dem Verein nicht an.“
 „Was?“
 „Wie ich gesagt habe.“
 „Wollten Sie damit sagen, daß Sie nicht mit einem der besten und ältesten Lötchen auf dem Fluße fahren können, weil er Ihrem Verein nicht angehört?“
 „Ja, das will ich!“

Vielleicht läßt der Verein der Kapitäne und Offiziere diese Erklärung Karl Zwains drucken und mit einer entsprechenden Einleitung an alle Schiffsoffiziere verteilen. Sie würde ein unübertreffliches Agitationsmittel für ihn geben. Hoffentlich aber gibt der Verein auch die bisherige falsche Vorstellung auf, daß der große Fluß in der Welt sich zwischen Offiziers-Wespe und Volks-Logis hinzieht und tauscht dafür die Erfahrung ein, daß der Seemann auf der Brücke genau so ein Ausbuchtungsobjekt für das Kapital ist, wie der, welcher Segel bracht, oder wie der letzte Kohlenzieher. Die großen „Windhunde des Ozeans“ sind die ersten, die das Laufen einstellen müssen, wenn die Mannschaft vom Kapitän bis zum Schiffsjungen entschlossen sind, der Willkür einiger weniger Kapitalproyen entgegenzutreten! Bisher haben freilich die Kapitäne selbst sich gegen die Organisation der Seeleute gewendet, statt mit ihr zu gehen!

Ausland.

Erfolg des Eisenbahnerstreiks in Schweden.
 Der Streik des Personals der skandinavischen Eisenbahnen hat, nachdem der Verkehr am Sonnabend eingestellt war, zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Verhandlungen zwischen Vertretern der Bahnverwaltung und des Eisenbahnerverbandes, unter Vorsitz des vom Zivilminister entsandten Vermittlers, endeten damit, daß ein Uebereinkommen getroffen, das Vereinigungsrecht des Personals anerkannt und eine Kommission zur Untersuchung der Streitigkeiten eingesetzt wurde. Etwas anderes hatten die Streitenden nicht verlangt.

Der Ausstand der Dockarbeiter in Rio de Janeiro, der in der vorigen Woche ausbrach, ist beendet.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.
 Berlin. Heute (Freitag) Weihnachtsfeier — mit Kindern — im neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72.

Vermischtes.

Unwetternachrichten

Kommen aus den verschiedensten Teilen des Reiches wie des Auslandes. In Rheinland und Westfalen herrscht seit vorgestern Mittag großes Schneetreiben. Die Züge verkehren mit den größten Vorsichtsmahregeln und treffen mit stundenlangen Verspätungen ein. In Krefeld wurde infolge des heftigen Schneetreibens der Straßenbahnverkehr fast völlig eingestellt.

Wie aus St. Johann gemeldet wird, herrscht im ganzen Saartal seit zwei Tagen ein heftiges Schneegestöber. Die Saar ist teilweise zugefroren und die Schifffahrt ist völlig unterbrochen. Aus Bamberg wird gemeldet: Infolge des außerordentlich starken Schneefalles und großer Schneeverwehungen ist der Verkehr zwischen Stadt und Land sehr stark gebremst. Der Bahnverkehr weist starke Verspätungen auf. Im Frankenthal liegt der Schnee bis 2 Meter hoch. Es gibt dort Schneewehen von 8 Meter Tiefe. Ähnlich lauten die Nachrichten aus München. Dort liegen sehr starke Schneewehen den gesamten Straßenbahnverkehr lahm und verursachen in der Stadt zahlreiche Verkehrsstörungen. Der Eisenbahnverkehr auf der Antwerpener Linie ist stark beeinträchtigt, nichts blieb mehrere Züge im Schnee stehen.

Ein gewaltiger Schneesturm suchte die Pfalz heim. Auf allen Bahntrecken ist der Verkehr gestört. Der Rübier-Expreßzug blieb bei Kitzheim liegen und mußte ausgekauft werden.

In Frankfurt a. M. sind infolge der Schneeverwehungen große Betriebsstörungen entstanden. So ist gestern der Lugszug Etsch-Bien mit 4 1/2 Stunden Verspätung eingetroffen, der Schnellzug München-Frankfurt mit drei Stunden. Vielfach entstanden die Verzögerungen dadurch, daß das Feuer der Lokomotiven in den Schneemassen halb erlosch. Auch auf freiem Felde mußte gehalten werden, um die Dampfheizungen aufzutauen.

Nach den Nachrichten des Auslandes haben ebenfalls die Schneefälle große Verkehrsstörungen herbeigeführt. In Oesterreich hat der Schnee auf der Linie der Ferdinands-Nordbahn, also auf der Strecke Wien-Kraufau, eine Verkehrsstörung hervorgerufen. Aus Jabra wird telegraphiert: Amlich wird bekannt gegeben: Der Großverkehr auf sämtlichen Linien der Kaiser Ferdinands-Nordbahn ist bis auf weiteres eingestellt, ausgenommen für frisches Fleisch, lebendes Vieh, Kohlen und Breikets sowie für eigenen Bedarf der Nordbahn und der Staatsbahnen. Rollende Güter, soweit nicht eine Abfertigung auf andere Verbindungslinien möglich ist, sind anzuhalten und den Versendern zur Verfügung zu stellen. Der Personen- und Güterverkehr wird in vollem Umfange aufrecht erhalten. Diese Maßregeln sind wegen Güterfremdung infolge des schlechten Wetters und der Kälte getroffen worden.

In der ganzen Schweiz ist Schneefall in gewaltigen Massen eingetreten. Der Bahnverkehr erleidet starke Störungen, namentlich auf der Simplonlinie und auf der Linie St. Gallen-Rüschden. Der Nacht Schnellzug München-St. Gallen-Zürich traf heute mittig in St. Gallen mit siebenstündiger Verspätung ein.

In südlicher Richtung hat sich das Schneewetter über einen großen Teil von Frankreich erstreckt. Aus Paris meldet ein Telegramm:

Aus verschiedenen Teilen Frankreichs wird sehr starker Schneefall gemeldet. Namentlich sind die Departements Jura, Ardennes und das Gebiet von Châlons betroffen, in denen der Zugverkehr behindert ist und auch sonst zahlreiche Verbindungen unterbrochen sind. — Aus Lyon wird telegraphiert: Im Jura herrscht starker Schneefall, stellenweise liegt der Schnee zwei Meter hoch; der Eisenbahnverkehr ist verschiedentlich unterbrochen. Im Rhonetal ist dagegen Tauwetter eingetreten, es regnet andauernd. Die Behörden trafen alle Maßnahmen, um eine Ueberschwemmung zu verhindern.

Ein neues Erdbeben zeigte vorgestern früh die Triester Erdbebenwarte auf eine Entfernung von circa 7000 Kilometer an. Nach einem Telegramm aus Petersburg ist an demselben Morgen um 4 Uhr in Nordschahalin ein schwaches Erdbeben verspürt worden.

Ein Telegramm aus Santiago de Chile besagt: In Arica ist eine sehr starke Erdschütterung verspürt worden. Einige Häuser wurden zerstört, auch erlitten mehrere Menschen Verletzungen. Zur gleichen Zeit wurden starke Erdschöße in Jaquique und Pisagua wahrgenommen.

Infolge der großen Kälte sind einem Telegramm aus Lausanne zufolge die Maschinen des Elektrizitätswerks eingefroren. Es fehlt infolgedessen in der Stadt an Licht und elektrischer Treibkraft.

Vom Zug überfahren. Auf dem Bahnhof in Bologna wollte eine Frau ein Gleise überschreiten, als plötzlich ein Zug heranbrauste. Ein Arbeiter hüpfte auf die Frau, um diese zu retten, aber beide wurden vom Zuge überfahren. Der Mann blieb auf der Stelle tot, die Frau starb im Spital, wo man ihr die zerquetschten Beine amputieren wollte.

Wasserstand am 27. Dezember. Elbe bei Ruffig — 1,00 Meter, bei Dresden — 1,80 Meter, bei Magdeburg + 0,88 Meter. — Unstrut bei Strahlburg — 1,00 Meter. — Oder bei Rathow + 0,98 Meter. — Rheingebirg + 2,04 Meter. — Oder bei Brielg + 1,64 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,70 Meter. (Großschiffahrt geschlossen.)

Eilt. Für Silvester! Eilt.

empfehlen unser großes Lager in sämtlichen Sorten Gläser, über hunderttausend Stück Lagerbestand, zu Engros-Preisen.

L. Katz & Co.
 Spezialgeschäft für
 Gastwirts-
 Artikel

- | | | | |
|---|---|--|--|
| Groggläser
7, 10, 12 bis
35 Pfg. | Weingläser
10, 15, 20 bis
60 Pfg. | Sektgläser
10, 25, 35 bis
60 Pfg. | Likörgläser
Wassergläser
5, 7, 10—25 Pfg. |
| Bowlen
Bowlenkannen
Bowlingläser
große Auswahl. | Bierbecher
7, 10, 12,
15 bis 50 Pfg. | Scherzartikel
in
großer Auswahl. | Neujahrs-
Zigarrenspitzen
von 3 Pfg. an. |

Spandauerstraße No. 45 und **Kaiser-, Ecke Schillingstraße.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 28. Dezember.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Lammhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Kgl. Schauspielhaus. Goldfische.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Wesien. Geschlossen.
 Nachmittags 3 Uhr: Kindestreue und Beinahtslegen.
 Vorzug. Die Nidermaus.
Kentral. Kindeblut.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
 Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
 Doppelselbstmord.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater.) Donna Diana.
 Fessung. Der heimliche König.
Neues Schauspielhaus. Der Helfer.
 Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Sherlock Holmes.
 Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues Theater.
 Anfang 8 Uhr. Täglich:
Kinder.
 Gymnastik-Komödie in 4 Akten von Rich.
Kleines Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Zum 151. Male:
Ein idealer Gatte.
 Sonnabend: Ein idealer Gatte.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
 Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Lortzing-Theater
 Belleallianenstr. 7/8.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
 Sonnabend nachm. 3 Uhr letzte Märchenvorstellung zu sehr kleinen Preisen: Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland. Ab. 8 Uhr: Martha.
 Abonnements ungültig.
Lustspielhaus.
 Täglich 8 Uhr:
Hufarenfieber.

Kranke. Fandenstraße 18/19.
 Am Theater abends 8 Uhr:
 Die Feuergefallen der Erde.
 Nachmittags 4 Uhr: Styllien.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57/58.

Ferdinand Honns

Berliner Theater.

Sherlock Holmes

Neues Schauspielhaus

Der Helfer.

Neues Theater.

Kinder.

Kleines Theater.

Ein idealer Gatte.

Lortzing-Theater

Die Fledermaus.

Lustspielhaus.

Hufarenfieber.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
 Bauernposse in 6 Bildern von Ludwig Angenruber.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
 Freitag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Lumpengesindel.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.

Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 28. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr:
**Das anerkannt vorzügliche Programm und zum achten Male:
 Die große Schumannsche Ausstattungspantomime
 St. Hubertus.**

Dem edlen Waldwerk entnommen und in 6 Bildern arrangiert vom Direktor Albert Schumann.
 Sonntag 2 Gala-Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags ein Kind frei; zum Schluss: Der Karneval in Venedig. Abends: St. Hubertus.

Palast-Theater. Prater-Theater.

Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9.
 Nur noch bis 31. Dezember:
Große Spezialitäten-Vorstellungen
 arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
 Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Komische Oper.

Urania

Fröbels Allerlei-Theater

Luisen-Theater

Bergnigte Feiertage.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
 Neues Schauspielhaus.
 8./9. Abteilung:
Das Glas Wasser. Die Häuser des Herrn Sartorius.

Winterfest
Von Jena bis Köpenick
 Historischer Kostümball
 Sonnabend, den 12. Januar.
 Festmarken in allen
 Zahlstellen.

20. Kunstabend
 Freitag, den 4. Januar 1907.
Bierbaum
Liliencron.
 Frau Johanne Meyer.
 Herr Schmid-Kaiser.

Die Mitglieder werden gebeten, in ihrer Zahlstelle ihr Votum abzugeben wegen des Besuches der Abendvorstellungen.
 230/11
Ordnung: Sonnabend, den 5. Januar, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Ordner ist erforderlich.
Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.

Kentral-Theater.

W. Noacks Theater.

Genoveva.

Der Sorgenbrecher.

Ueber'n großen Teich.

Große Silvester-Feier

Der Sorgenbrecher.

Kasino-Theater

Die beiden Champagnol.

Der Störenfried.

Schauspiel in 4 Akten von Hauptb. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ehren- und Vorzugskarten gültig. Sonnabend: Rattenfänger v. Hameln. Montag: Großer Silvester-Ball.

Brunnen-Theater

Der Störenfried.

Zirkus Busch.
 Heute abend 7 1/2 Uhr.
 Um 1/2 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
 dressiert und vorgeführt vom
 Dompfeur Herr Willy Peters.
 Reiter: Herr Burkhardt-Footitt,
 Schutzeiter: Witz Dianda, dress.
 Affen, Hunde und Stofabes. Ge-
 schickter Slinger, Equilibristen.
 Die irische Clownd Luige u. Paolo.
 Um 1/2 Uhr:
ROM. Or. Drigh. - Ausst.
 Fantom. in 7 Akte.
 Or. Orig. - Ausst. - Pantomime
 des Zirkus Busch in 7 Bildern.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Hollaender. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bander,
Giampietro, Josephi,
 Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 30. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr:
Auf ins Metropol.

Apollo Theater
 Täglich 9 1/2 Uhr:
Die schöne Vestalin.
 Operette. Musik von Viktor Holländer.
 Vorher 8 Uhr: Erstkl. Spezialitäten.
 Sonntag, den 30. Dezember und
 am Neujahrstage, nachm. 3 1/2 Uhr:
Große Familien-Vorstellungen
 halbe Preise!

Residenz-Theater.
 Direction Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage
 Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
 Schwan in 3 Akten v. H. Hennequin
 und Pierre Heber.
 Sonntag, den 30. Dez., Dienstag,
 den 1. und Sonntag, den 6. Januar,
 nachm. 3 Uhr: **Eine Hochzeit-**
nacht.

Bernhard Rose-Theater
 Große Anstaltsstr. 132.
 Abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
 Große Besetzung mit Gesang und Tanz
 in 4 Akten v. H. G. Kautz v. H. Gau.
 Morgen nachm. 4 Uhr Kinderdorf.
 bei kleinen Preisen:
Dornröschen.
 Sonntag nachmittag:
Das Käthchen von Heilbrunn.

Wintergarten
 Dr. Angelas, lebendes Porzellan,
 Martine Bros., kom. Akrobaten,
 Mlle Lorette, leb. Jagdbilder mit
 dem Hund „Bon“. Florettas Luft-
 ballett. Madeline de Noce, Opera-
 sängerin. Kitafuku, Japanortruppe.
 Kera, Jongleur. Müllmann-Trio,
 Drahtseiltanz. Amalia u. Leonora,
 Equilibristinnen. Kaufmann Truppe,
 weibliche Radfahrer. Das Erntefest,
 Ballett-Szene, ausgef. v. d. Tiller-
 Truppe, London. Der Biograph.

Saharet
 Dr. Angelas, lebendes Porzellan,
 Martine Bros., kom. Akrobaten,
 Mlle Lorette, leb. Jagdbilder mit
 dem Hund „Bon“. Florettas Luft-
 ballett. Madeline de Noce, Opera-
 sängerin. Kitafuku, Japanortruppe.
 Kera, Jongleur. Müllmann-Trio,
 Drahtseiltanz. Amalia u. Leonora,
 Equilibristinnen. Kaufmann Truppe,
 weibliche Radfahrer. Das Erntefest,
 Ballett-Szene, ausgef. v. d. Tiller-
 Truppe, London. Der Biograph.

Colosseum
 Dresdenerstr. 97.
Das urkomische
Dezember-Programm.
 Neul! Am Konzertsaal: Neul!
 2' Mondscheinbrüber.
 Beste Wiener Schrammeln
 und jede erstklassige Gesangsstraße.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss: Neul!
Christmarkt.
 Anfang
 Wochentags
 8, Sonntags
 7 Uhr.

Volks-Museum
 Friedrichstr. 112a. Nähe Oranienb. Tor.
Anatomie, Pathologie, Samariterlehre
 2 Vorstellungssäle m. wechselnden
 Neuheiten ohne Extra-Entree.
 Lichtbilder-Vorträge. Illusionstheat.
 Vorstellungen halbstündlich.

Rixdorf.
Reichstags-Wähler!
 Freitag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Drei öffentliche Versammlungen
 in den Lokalen:
Hoppes Fest-Säle, Hermannstr. 49. Thiels Fest-Säle, Bergstr. 151/152.
Bruses Vereins-Säle, Kuefbedstr. 113.
 Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Reichstagswahl!
 Freie Diskussion. — Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gegeben.
Wähler Rixdorfs! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen!
 218/1 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.
 Ortsverein Berlin.
 Sonntag, den 30. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr: 130/16
Mitglieder-Versammlung
 im Saale der Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m.
 Tages-Ordnung:
 Zur Jahreswende. Referent: Herr Landauer.
 Pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Passage-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Berlin
paß' auf!
 Burleske in 2 Akten v. Leop. Ely.
 Musik von Hubert Keillon.
 In den Hauptrollen: Josefine
 Dora, Pauline van Roy, Georg
 Kaiser, Martin Bendix.
 Außerdem: Die glänzenden
 Dezember-Spezialitäten.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
 Vorher: Die Schloßkellerei.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Haus-
 freund.

Gebr. Herrnfeld-
Theater
 Kommandantenstr. 57
 Stallstraße 42-44.
 Heute, den 28. Dezember:
Familientag
im Hause Prellstein
 Komödie in drei Akten
 mit völlig neuen, hochklassigen
 Einlagen von Anton u. Donat
 Geyersfeld.
 Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf
 nur Kommandantenstraße
 per mittags 11-2 Uhr.
 Rauchen in all. Räum. gestattet.
 Montag, 31. Dezember:
Große Silvesterfeier
 mit außergewöhnlichen Ueber-
 raschungen, Neujahr-Aubel-
 gruß, internationalem Volk-
 sänger-Abend und intimer
 Fest-Unterhaltung in den
 Vorsträumen des neuen
 Hauses.
 Billets hierzu heute schon
 erhältlich.

Walhalla-
Variété-Theater
 Weinbergweg 19/20
 Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung
 einzig in ihrer Art.
 60 Internationale Artisten 60.
 Unter anderem:
Die 12 Akrobaten Lorch
 in ihren phänomenalen Harischen
 Spielen mit 3 Pomms und Helm.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Buggenhagen
 (Moritzplatz).
Täglich: Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.
 Am 31. er. Großer Silvester-Trubel
 Am 8. Januar 1907:
 Beginn der 10. Beethoven-Saison.

Folies Caprice
 Linienstr. 132
 Ecke Friedrichstraße
 Dir. Felix Berg.
Das Modell.
 Sereuissimus August XXVI.
 Josef Fleischmann.
 Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2
 a. d. Theater u. v. Wertheim

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer!
 Sonntag, 30. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4:
Branchen-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Antrag der Kom-
 mission betreffend Regelung der Lichtarbeit. 4. Branchenanliegenheiten.
 5. Verschiedenes.
 Die Vertrauensmänner-Versammlung für den 2. Januar fällt aus.
 99/7 Der Obmann.

Achtung! Kupferschmiede, Achtung!
 Sonntag, den 29. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
 hause, Saal 1:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung derleihen vom 15. Dezember.
 2. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.
 3. Mitteilungen.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Arbeiter - Athleten - Bund Deutschlands
 hält seinen
ersten Bundestag
 am 29., 30. und 31. in Berlin, Remisestr. 67, bei Litke ab.
Hauswart. 34382

Sanssouci
 Sonntag, Mont., Donnerst.,
Hoffmanns Korrd. Sänger.
 Sonntag: Gr. Elite-Soiree.
 Sonntag, 31. Dez., Montag, 1. Jan.
 im Silberabend: Extra-
 Silvester-UK. Musik. von
 Hofm. Korrd. Sängerin.
 Silvesterball, Banquet, etc.
 2. Januar Theater-Abend.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph - (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien mit
 abwechselndem
 Abnormitäten-Prgr.
 Verbindung mit größter Film-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 ♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

Gustav
Behrens
Theater,
 Berlin O.,
 Frankfurter
 Allee 25.
 In dem großartigen Weihnachtsstück
Das Wiedersehen
nach 30 Jahren.
 Director Gustav Behrens als
 Hamburger Schiffskapitän.
 Außerdem 22 Nummern.
 Eigen Herd Goldes Wert!
 Ganze Parzelle 20 Mark, Terrains
 an gepflasterter Straße, kurze Zeit so
 billig. **Walter Sellin, Schöne-**
beck, Station Jepernid, Stettinerbahn.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
 Mitglied des Arbeiter-
 Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
 Heute Freitagabend 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 (sämtliche Abteilungen)
 bei Wille, Brunnenstraße 188.
 Referent:
 Stadtvorordneter Augustin.

Touren
 zum 1. Januar 1907:
 2. Abt. mittags 12 Uhr nach
 Rixdorf bei Neuhof (Vier). Start:
 Urbanstr. 7.
 3. Abt. nachmittags 2 1/2 Uhr nach
 Baumgartenweg (Sabani). Start:
 Mariannenplatz.
 4. Abt. nachmittags 2 Uhr nach
 Adlershof (Waldstein). Start: Rüstner-
 platz.
 6. Abt. Sonntag, 30. Dezember,
 nachmittags 2 Uhr nach Schönholz
 (Baumgartenweg), bei schlechtem Wetter
 per Bahn. — 1. Januar, nachmittags
 1 1/2 Uhr nach Rixdorf. Start:
 Ederbergstr. 30 (Genossenschaft).
 7. Abt. nachmittags 1 Uhr. Bohn,
 wird am Start, Adlershof, bekannt-
 gegeben. 28/16

4. Abteilung: Montag, den
31. Dezember:
bei Merkowsky, Andreasstr. 26
bei freiem Eintritt.
6. Abteilung: Montag, den
31. Dezember:
Große Silvester-Feier
 bei Wernau, Schwedterstr. 23.
 Theatervorstellung, Reigenfahren usw.
 Billets a 20 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Dreher
Richard Handro
 Waisenstr. 5
 am Sonntag, den 23. d. Mis.,
 plötzlich verstorben ist.
 Die Parteigenossen werden ihm
 ein ehrendes Andenken bewahren.
 239/7 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
 und Kollegen die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann,
 unser guter Vater und Großvater,
 der Putzer
Julius Nötzky
 im Alter von 68 Jahren am 26. cr.
 sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle der Friedensgemeinde in
 Nordend aus statt.
 Die trauernde Witwe
Emma Nötzky
 nebst Kindern.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
 Unseren Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
Karl Lehninger
 am 24. Dezember verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. Dezember, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle der Friedensgemeinde, Nieder-
 Schönhausen (Nordend), aus statt.
 Unseren, sowie den Mitgliedern
 des Gelangvereins der Putzer zur
 Nachricht, daß unser Ehrenmitglied
Jul. Nötzky
 am 25. Dezember verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle der Friedensgemeinde,
 Nieder-Schönhausen (Nordend),
 aus statt. 151/18
 Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
 J. B. v. K. Berlin.

Allen Verwandten, Freunden
 und Kollegen die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann und
 unser guter Vater, der Kupfer-
Hermann Grunow
 im Alter von 44 Jahren nach einem
 schweren Anginalanfall am Donner-
 stag, den 19. Dezember, nach-
 mittags 4 Uhr, im Lazarus-
 Krankenhaus seinen Besten
 erlassen ist.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. Dezember, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle zu Lichtenberg, Krugstege,
 aus statt. 5538
 Die trauernde Witwe Grunow
 nebst Kindern.

Zentralverband der Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Verwaltungsstelle Berlin II.
 Hierdurch wird den Mitgliedern
 zur Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Grunow
 Kupfer, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Freitag, den 28. d. Mis., nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Lichtenberger Kirchhofes,
 aus statt. 72/17
 Um rege Beteiligung ersucht
 die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler
 Ortsverwaltung Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Robert Schulz
 (Berlinal Fr. Cobau)
 am 24. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt am
 Freitag, den 28. Dezember, mittags
 12 Uhr, von Trauerhause Salter-
 strasse 82, aus nach dem Thomas-
 Kirchhofe in Rixdorf, Hermann-
 strasse.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 158/8 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung unseres
 lieben Bruders und Schwagers, des
 Metalldeckers
Richard Handro
 sagen wir allen Freunden, Kollegen
 und Bekannten unseren aufrichtigsten
 Dank. 5619
Die Hinterbliebenen.

Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Rosenthaler Vorstadt.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß unser Kollege
Friedrich Hilscher
 am 26. d. Mis. an Lunger-
 entzündung im Alter von 33 Jahren
 verstorben ist. 48/6
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 den 28. d. Mis., nachmittags 3 Uhr,
 vom Lazarus-Krankenhaus, Ber-
 linerstrasse, aus auf dem Elisabeth-
 Kirchhof, Scharnsteine, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

Invalidenunterstützungskasse
d. Steinbrucker u. Lithographen.
 Die Beerdigung des am 24. De-
 zember verstorbenen Photographen
Hermann Haßne
 findet statt am Freitag, den 28. De-
 zember, nachmittags 3 Uhr, von
 der Leichenhalle des neuen Jakob-
 kirchhofes, Rixdorf, Hermannstrasse,
 5676 Das Komitee.

Allen Parteigenossen und Freun-
 den die traurige Nachricht, daß
 meine liebe Frau
Ernestine Vogel
 geb. Steg
 am 24. Dezember nach kurzem,
 schwerem Krankenlager verstorben
 ist. Die Beerdigung findet heute,
 Freitag, den 28. Dezember, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des hiesigen Zentralkirch-
 hofes aus statt. 5595
 Der trauernde Gatte
Wih. Vogel, Lichtenbergstr. 7.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung unseres
 lieben Sohnes, Bruders, Schwagers
 und Onkels, des Maurers
Richard Schulz
 sagen wir allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten sowie dem Vorstande
 und den Kollegen vom Zentral-
 verbande der Maurer, Zweigstelle
 Berlin, und den Kollegen vom Stal-
 luss der Harnlosen auf diesem Wege
 unseren aufrichtigsten Dank.
 Im Namen
 der trauernden Hinterbliebenen
 34373 **Otto Schulz.**

Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die große Kranzspende
 bei der Beerdigung meines uners-
 grüßlichen, lieben Mannes, meines
 guten Vaters, des Schmieds
Otto Falk
 sagen wir allen unseren herzlichsten
 Dank. 5576
 Witwe **Emma Falk** und Kinder.

Dankfagung.
 Unseren lieben Verwandten, Be-
 kannten, sowie den Mitgliedern des
 Zentralverbandes der Maurer Deutsch-
 lands, Zweigverein Berlin, und dem
 Gelangvereins der Putzer herzlichen
 Dank für die liebevolle Teilnahme an
 dem Tode unseres geliebten Mannes
 und Vaters. Die aufrichtige rege Be-
 teiligung und der erhabende Gehalt
 beim Begräbnis war uns ein Trost
 im großen Schmerz. 5528
Witwe Sziburies und Kinder,
 Dunderstr. 2a.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung unseres
 Sohnes **Max Hoene** sagen wir
 allen Freunden und Genossen den
 besten Dank. 5548
Die Hinterbliebenen.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau, unserer guten Mutter
Ida Schulze geb. Wiederhöft
 sagen wir allen Freunden und Be-
 kannten, besonders meinem Ehemann
 und meinen Mitarbeitern der Wäbelsabrik
 O. Ring, Wäbelsabrikstr. 13, unseren
 aufrichtigsten Dank. 34392
Wihelm Schulze nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Haut- und Haarleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Glück!
 Man findet es im reichsten Maße
 spielt man Lotterie bei **Gustav Haase,**
 Berlin, Neuo Königsr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien
+ Rote Kreuz-Lose
 a 3.50 inkl. Porto u. Wste.
Badische Pferde-Lose
 Ziehung 29. Dezember
 a 1.00 Porto u. Wste 20 Pf. extra.
Alle Gewinne zahlen sofort bar aus.

A. WERTHEIM

SYLVESTER- und NEUJAHR-ARTIKEL

Knallbonbons m. Mützen 15, 75, 95 Pf. b. 3 Mk.
 Knallbonbons mit Scherzartikel
 Dtz. 75, 95 Pf., 1.25 bis 3.50
 Knallbonbons mit Musik-Instrum. 75 Pf. b. 2 Mk.
 Knallbonbons eleg. Aufmachung 1.50 bis 7.50
 Orden Dtz. 10 bis 65 Pf.
 Orden Stück 10, 15, 30 Pf.
 Fächer Stück 4, 5, 23, 45 bis 60 Pf.
 Stoffmützen Stück 12, 18, 20, 28 Pf. b. 2.10
 Tirolerhüte Stück 70 Pf.
 Bleifiguren n. Glessen m. Scherz-
 artikeln 12 Stück, 1. Karton 75 Pf. m. Löff. 48 Pf.
 Scherzlöffel 8 Pf.
 Pfannkuchen mit Papierfüllung Dtz. 33 Pf.
 Schneebälle mit Papierfüllung Dtz. 22 Pf.

Luftschlangen 20 Stück 10 Pf.
 Teespiele 5 Pf., 8 Pf.
 Klettenkarten 10 Stück 20 Pf.
 Spring-Bieruntersätze 8 Pf.
 Tellerwackler 38 Pf.
 Sterbende Tiere 10 Pf. bis 40 Pf.
 Scherz-Halbmasken Stück 8 u. 15 Pf.
 Schlangentrüssel 10 Stück 30 Pf.
 Bartrüssel 10 Stück 60 Pf.
 Blumenrüssel 8 Pf.
 Gigeristöcke 30 Pf.
 Nebelhörner 10 Stück 30 Pf. bis 1 Mk.
 Neujahrsspitzen Dtz. 55 Pf. bis 1.35 Mk.
 Scherznadeln Dtz. 90 Pf.

Konfitüren und Früchte

mit Scherzeinlagen
 Pralinés Dtz. 55 Pf., 90 Pf.
 Wallnüsse Dtz. 55 Pf., 90 Pf.
 Biskuits Dtz. 1.35 Mk.
 Marzipanfrüchte Dtz. 2.60 Mk.
 Imitierte Früchte Mandarinen Dtz. 1.60 Mk.
 Pflaumen, Aprikosen, Erdbeeren, Dtz. 1.10 Mk.
 Radieschen, Rettige Dtz. 2 Mk.
 Äpfel, Birnen, Pfirsiche Dtz. 2 Mk.

Ein Posten:

Französische Scherzartikel
 Stck. 6, 8, 12, 14, 38, 48, 95 Pf. bis 2.25

Neujahrskarten m. Goldschn. 10, 12, 18, 23, 28, 38 Pf.
 Neujahrskarten m. Verzierung 10 Stück 28, 35, 38, 50 Pf.
 Neujahrskarten im Biedermeier-Stil, elegante Ausführung Stück 95 Pf.

Neujahr-Postkarten 8 Stück 10, 4 Stück 10, 5 Stück 10 Pf.
 Neujahr-Postkarten Stück 5, 8, 10, 15 Pf.
 Kuverts zu den Karten 10 Stück 5 bis 10 Pf.

GLASWAREN

Bowlen Inhalt ca. 4 Fl. 3.40, Inhalt ca. 6 Fl. 4.25, Inhalt ca. 10 Fl. 5.75
 Bowlen geschliffen, mit 12 Gläsern u. Glasblech 11.25
 Bowlenkannen gepresst 42, 50, 60, glatt 70 Pf.
 Bowlenkannen geschliffen 1.20, 1.55, 1.80, 2.30
 Bowlengläser glatt 24 Pf., geätzt 35 Pf.
 Bierbecher Goldrand 7, 10, geätzt 12, geschl. 30 Pf.
 Biertulpen Kristall, geätzt 40 Pf.
 Kognakschalen 6, geschliffen 16, ganz 23 Pf.
 Likörbecher Goldrand 7, 8, farbig 8, geschl. 17 Pf.
 Likörkelche mit hohem Stiel 30 Pf.
 Likörflaschen geschliffen 45, 60, 75 Pf.
 Groggläser gepresst 13 Pf., geschliffen 27 Pf.

Ein grosser Posten geätzt Kristall

Sektbecher 18 Pf. statt 35 Pf.
 Portweinkelche 25 Pf. statt 33 Pf.
 Bowlenkelche 40 Pf. statt 60 Pf.
 Sektkelche 40 Pf. statt 55 Pf.
 Bierbecher 20 Pf. statt 38 Pf.
 Teebecher 20 Pf. statt 38 Pf.
 Weinkaraffen 1.10 statt 1.60 Mk.

Rotweingläser glatt 20 Pf., geschliffen 25 Pf.
 Weissweingläser glatt 20 Pf.
 Portweingläser glatt 20 Pf.
 Weinrömer 23, 28, 38, 45, 55 Pf.
 Weinflaschen geschliffen, mit Henkel 1.65
 Wassergläser geschliffen 23, 28 Pf.
 Wasserflaschen geschliffen 48, 75, 90 Pf.
 Fruchtschalen geschl. 2.40, 2.70, 3 Mk., 3.85
 Obstteller gepresst 7 Pf., geschliffen 45, 60 Pf.

Trinkgarnituren

geschliffen

Rotwein- und Weissweinkelche 42 Pf. Bowlenkelche 55 Pf.
 Biertulpen 55 Pf. Portweinkelche 36 Pf. Likörkelche 30 Pf.
 Champagnerkelche 45 Pf.

WEINE und SPIRITUOSEN

Moselweine

Ober-Moseler 55 Pf.
 1905 Bürger 70 Pf.
 1904 Ernster Mark 75 Pf.
 1904 Sennheimer 1 Mk.
 1904 Valwigsberger 1.35 Mk.
 1904 Trabener 1.60 Mk.
 1904 Brauneberger 1.80 Mk.
 1904 Enkircher Steffansberg 2 Mk.

Deutsche Schaumweine

Mignon Champagner
 Kupfer 1.90 Mk., Gold 2.40 Mk.
 Kloss & Foerster, Rotkäppchen
 Jubiläumfüllung 3.75 Mk.
 Champagne Fromm
 sec und demi sec 4.50 Mk.
 Kupferbg. Kupfer, Kupferbg. Gold
 Henkell trocken
 Assmannshäuser rot 4 Mk.

Kognak, Rum, Arrak

Deutscher Kognak	70 Pf.	1.20
Feiner Deutscher Kognak	95 Pf.	1.75
Rum II (Verschnitt)	60 Pf.	1 Mk.
Rum I (Verschnitt)	85 Pf.	1.50
Jamaica-Rum	1.20	2.20
Feiner Jamaica-Rum II	1.50	2.80
Feiner Jamaica-Rum I	1.80	3.40
Extra feiner Jamaica-Rum	2.30	4.85
Extra feiner alter Jamaica-Rum	2.60	5 Mk.
Arrak (Verschnitt)	1.10	2 Mk.
Arrak de Goa	1.60	3 Mk.
Arrak de Batavia	2.20	4.20

Rhein- u. Pfalzweine

1903 Alsheimer 70 Pf.
 1904 Bretzenheimer 90 Pf.
 1904 Laubenheimer 1 Mk.
 1902 Rudesheimer 1.20 Mk.
 1904 Hallgartner 1.40 Mk.
 1900 Deidesheimer 1.40 Mk.
 1903 Rauenthaler 1.60 Mk.
 1903 Rudesch. Rottland 1.70 Mk.

Französische Champagner

in Luxemburg auf Flaschen gefüllt
 E. Mercier & Co. 3.40 Mk.

in Frankreich auf Flaschen gefüllt
 Theophil Röderer
 Deutz & Geldermann, Cabinet
 Heldsiek & Co.,
 Monopol, Monopol sec

Sämtliche Preise verstehen sich, wo nichts anderes bemerkt, für 1/2 Flasche inkl. Glas

Bordeauxweine

1902 Montferrand 90 Pf.
 1900 Chât. Fronsac 1 Mk.
 1900 Chât. Larrivau Cissac 1.10
 1901 Chât. La Tour Carnet 1.20
 1900 Grand Poujeaux 1.40
 1903 Chât. Latour, grand vin 1.80
 1900 Chât. Branaire Ducru stand 2 Mk.
 1898 Margeaux Médoc 2.30

Burgunderweine

1900 Macon 1. Choix 1.50
 1899 Beaune 2ème Crü 2.70
 1899 Pomard 2ème Crü 2.85
 1900 Romanée 4 Mk.

Südweine

Tarragona Portwein 90 Pf.
 Portwein II 1.25, Portwein I 1.60
 Alter Portwein 2 Mk.
 Feiner alter Portwein 2.50
 Extra alter Portwein 3.50
 Sherry I 1.70
 Alter Sherry 2 Mk.
 Feiner alter Sherry 2.60
 Extra alter Sherry 3.25
 Sherry amontillado 4.50
 Madeira 1.25
 Alter Madeira 1.60
 Feiner alter Madeira 2.60
 Samos II 80 Pf., Samos I 1 Mk.

Neu! Lucullus feinsten Tafellikör, in eleg. 5 Mk.

Französ. Kognak

Edgar Remy & Co.	1.50	2.65
J. G. Monnet & Co.	1.60	3 Mk.
1890 J. G. Monnet & Co.	2.10	4 Mk.
1885 Jas. Prunier & Co. fine champ.	2.80	5.50

Schwedischer Punsch

Genuine caloric Punsch von	1/2 Fl.	1/2 Fl.
J. Cederlunds Söner, Stockholm	1.75	3 Mk.
J.L. Lundberg & Co., Stockholm	1.35	2.50

Englisch Porter (Imperial stout) 1/2 Fl. 35 Pf.

Punsch-Extrakte

Rum-Punsch und Arrak-Punsch	85 Pf.	1.50
Rum-Punsch und Arrak-Punsch	1 Mk.	1.80
Burgunder-Punsch	1 Mk.	1.80
Glühwein-Extrakt	85 Pf.	1.50

Extra feine Punsch-Extrakte

Rum-Punsch	1.60	3 Mk.
Arrak-Punsch	1.60	3 Mk.
Kaiser-Punsch	1.80	3.50
Ananas-Punsch mit Ananasseibe	1.75	3.25
Burgunder Punsch	1.60	3 Mk.

Die neue Preisliste für Lebensmittel wird auf Wunsch zugesandt.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Die Einsichtnahme in die Wählerlisten kann von heute ab erfolgen. Die Listen liegen in der Zeit vom 28. Dezember bis einschließl. 4. Januar zur öffentlichen Einsichtnahme aus: Wochentags von 4 bis 8 Uhr nachmittags, Sonntag und am Neujahrstag von 12 bis 6 Uhr nachmittags.

Veräume kein Wähler, sich zu überzeugen, ob sein Name in die Liste eingetragen ist. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen! Bei der Kürze der Zeit, die zur Aufstellung der Listen zur Verfügung stand, ist sicher anzunehmen, daß mancher Wahlberechtigter nicht in der Liste steht. Trägt er nicht dafür Sorge, daß sein Name eingetragen wird, verliert er sein Wahlrecht und wird am Tage der Wahl von der Ausübung seines höchsten staatsbürgerlichen Rechts zurückgewiesen. Ueberzeuge sich auch jeder Wähler, ob sein Name und Verus auch richtig eingetragen ist. Leicht kann durch einen Schreibfehler ein Wähler um sein Wahlrecht kommen. So passierte es bei der letzten Wahl, daß beispielsweise ein Arbeiter nicht wählen durfte, weil als sein Verus „Schneider“ in der Liste stand, der Betreffende aber, dessen Name und Adresse sonst genau stimmte, „Schmid“ war. Es lag ein Schreibfehler vor, der Wahlvorsteher ließ den Mann nicht wählen. Wäre vorher die Liste eingesehen worden, hätte dieser Schreibfehler korrigiert werden können. Wir könnten die Beispiele vermehren; sie zeigen nur, wie notwendig es ist, die Wählerliste einzusehen. Es muß allseitig dafür Sorge getragen werden, daß uns nicht etwa durch Sammelgültigkeit Stimmen verloren gehen. Auf jede Stimme kommt es an. In manchen Kreisen kann eine einzige Stimme den Ausschlag geben.

Die Listen liegen in den von uns kürzlich veröffentlichten Stellen (Turnhallen) aus.

Wenn es durchaus an Zeit mangelt, die Listen selbst einzusehen, für den sind eine Anzahl Parteigenossen, deren Adressen auf besonderen in zahlreichen Lokalen ausgehängten Plakaten verzeichnet sind, bereit, dies zu tun.

Als Legitimation für Einsichtnahme, Reklamation und Auskunft zur Einsichtnahme dienen Mietskontrakt, Steuerquittung, Alters- und Invalidenkarte oder Militärpapiere.

Erfülle jeder seine Pflicht und überzeuge sich, ob sein Recht gewahrt und er eingetragen ist.

Wer ist wahlberechtigt?

Zum Reichstag wählen kann jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 26. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt.

Welcher deutsche Mann ist vom Wählen ausgeschlossen, wiewohl er 25 Jahre und älter ist?

Wahlberechtigt sind nicht:

- 1. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine, so lange sich dieselben bei der Fahne befinden democh sind Fahnenmeister und Wondarmen, nicht aber Fahnenmeister-Applikanten für wahlberechtigt erachtet.
2. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen.
3. Personen über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist, und zwar während der Dauer dieses Konkursverfahrens.
4. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 23. Januar 1906 bezogen haben.
5. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Was gehört nicht zur Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln?

Steuerrückstände, Schulgelder, Erlaß von Schulgeld, unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, Aufnahme von Kindern in einer Freischule, Weihnachtsgeschenke an die Kinder und dergleichen sind kein Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen.

Private Wohlthätigkeit, Zuwendungen aus Stiftungen, Darlehen und dergleichen sind keine Armenunterstützungen.

Ebenso wenig verliert jemand durch Gewährung des Armenrechtes zur Führung eines Prozesses sein Wahlrecht.

Bemerkt sei noch ausdrücklich, daß auch Schlafsucher wahlberechtigt sind, sofern sie sonst die gestellten Bedingungen erfüllen.

In den beiden Landkreisen

liegen die Wählerlisten, soweit Landgemeinden in Frage kommen, während der Dienststunden in den Gemeindebüros aus; in den Stadtgemeinden sind die Listen in den Rathhäusern bezw. Turnhallen von Gemeindefchulen einzusehen.

1. Wahlkreis.

Den Parteigenossen des 1. Kreises und den Hülfsträften aus dem 6. Kreise die Mitteilung, daß heute Freitag von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet; es werden die Genossen ersucht, sich abends 7 Uhr pünktlich einzustellen.

Der Wahlausschuh.

Die Freisinnigen im ersten Wahlkreise versenden soeben ein Zirkular, in welchem die wohlhabenden Anhänger ein Geldmittel gebeten werden. In diesem vom Vorstand der Freisinnigen Volkspartei unterzeichneten Zirkular heißt es u. a.:

„Der erste Wahlkreis konnte bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1903 nur mäßig von der freisinnigen Partei erhalten bleiben. Erst in der Stichwahl siegte unser Kandidat Raempf mit 374 Stimmen über den Sozialdemokraten.“

Der bevorstehende Wahlkampf muß daher mit allem Nachdruck eröffnet werden, wenn wir den ersten Wahlkreis, den einzigen! in Berlin, der noch nicht in den Besitz der sozialdemokratischen Partei übergegangen ist, behaupten wollen. Unser Kandidat bleibt für die bevorstehende Wahl unser bisheriger Abgeordneter.“

Eine besondere Siegesgewissheit verrät diese Winkelei gerade nicht. Was an unseren Parteigenossen liegt, diesen einzigen von dem Freisinn bisher vertretenen Wahlkreis zu erobern, wird gesehen.

Kreis Teltow.

In Trebbin, wo bei der letzten Reichstagswahl der konservative Kandidat mehr Stimmen auf sich vereinigte, wie Sozialdemokratie und Freisinn zusammen, fand am 22. Dezember eine von den Genossen einberufene Volksversammlung statt. Das Referat hielt Genosse Dr. Vorwärts-Charlottenburg. Trotzdem die Gegner öffentlich eingeladen waren und ihnen die weitgehendste Redefreiheit zugesichert wurde, hatten sie es vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Offenlich ist dies für die Genossen Veranlassung, für die Wahlen am 25. Januar ein besseres Wahlergebnis vorzubereiten wie 1903. Es gilt diesmal auch den letzten Mann an die Urne zu bringen.

Auch in Königs-Wusterhausen sind die Genossen bereits in die Wahlbewegung eingetreten. In einer am 23. Dezember stattgehabten Wählerversammlung referierte Genosse Weber: Berlin über: Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Wahlen. Nachdem Redner die gegenwärtige politische Lage gezeichnet und die aus derselben für das Proletariat sich ergebenden Perspektiven den Anwesenden in klarer Weise vor Augen geführt hatte, forderte er die Versammelten auf, am Tage der Wahl nur dem bisherigen Vertreter des Kreises, dem Genossen Jubel die Stimme zu geben. — In der Diskussion sprachen die Genossen Diege und Kaiser im Sinne des Referenten.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des dritten Kreises werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich in ihren Bezirken einzufinden. Die Hülfsträfte vom 4. Kreis (Südost) werden ersucht, sich nach dem vom vorigen Sonntag zugewiesenen Stellen zu begeben.

Dritter Wahlkreis. Die diesjährige Silvesterfeier findet am Montag, den 31. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, statt. Anfang 9 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Freitag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, findet bei G. Döb, Weiningerstr. 8, eine Volksversammlung statt. Thema: Unsere Reichstagswahl. Referent: Genosse Kurt Eisner. Franz! Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für unsere Versammlungen und sorgt für zahlreichen Besuch. Das Wahlkomitee.

Bris-Budow. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im „Laudhaus“, Brigg, Chaussee 97, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen August Händel: Die Reichstagsauflösung und die Parteien. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da die Arbeiterschaft unseres Ortes mit dieser Versammlung in den Wahlkampf eintritt, wird zahlreicher Besuch, auch der Frauen, erwartet.

Wannsee. Am Sonnabend, den 29. d. M., findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Vereinslokal statt und am Sonntag, den 30. d. M., im „Fürstenthor“, Königsr. 40, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Otto Hoffmann aus Romawes über Reichstagsauflösung und die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird.

Adlershof. Heute, Freitag abend 8 Uhr, findet in Beyers „Gesellschaftshaus“, Bismarckstr. 10, eine öffentliche Wählerversammlung statt, welche sich mit der Auflösung des Reichstages und der bevorstehenden Wahl beschäftigt wird. Referent: Genosse A. Horlich. Wir treten in dieser Versammlung öffentlich in die Wahlbewegung ein und ersuchen deshalb die Parteigenossen, für zahlreichen Besuch Sorge tragen zu wollen. Das Wahlkomitee.

Alt-Glienitz. Am Sonnabend, den 29. d. M., hält der Wahlverein eine besondere Mitgliederversammlung bei G. Grünauer, Straße 20, ab. Pflicht eines jeden Genossen ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Gefner und Angered. Die Genossen werden auf die am 30. Dezember 1906 stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. Zu diesem Zweck wollen sie sich Sonnabend, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Einteilung und Entgegennahme der Flugblätter recht zahlreich einfinden. Der Vorstand.

Sanghauser. Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Schulz eine Volksversammlung statt. Thema: Die Reichstagsauflösung und die bürgerlichen Parteien. Referent: Genosse Kubig-Pantow. Die Genossen von Spreccau werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Trebbin (Kreis Teltow). Sonntag, den 30. Dezember, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung für die Stadt und die beiden Landbezirke. Bezirkshelfer sind: 1. Bezirk: Alb. Köppen, Bahnhofsstraße; 2. Bezirk: Herrn Krüger, Köhlering 21; 3. Bezirk: Richard Anort, Schützenstraße; 4. Bezirk: Herrn Bergemann, Fischerstraße; 5. (Land-)Bezirk: Franz Cario, Bahnhofsstraße; 6. (Land-)Bezirk: Theodor Richter, Berlinerstraße. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich bei den Bezirkshelfern einzufinden. Der Vorstand.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Sonnabend, den 29. Dezember, abends 8 Uhr: Zahlabend bei Aug. Wünsche. Pflicht aller Wahlvereinsmitglieder ist es, zu erscheinen. Die Bezirkshelfer.

Groß-Schönebeck (Mark). Am Sonntag, den 30. Dezember etc., findet im Restaurant des Herrn Jung eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Kolonialpolitik und Reichstagsauflösung. Referent: Genosse Köber-Pantow. Die Arbeiterschaft von Groß-Schönebeck nebst Frauen wird ersucht, zahlreich zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Pantow. Am Sonntag, den 30. Dezember, 1/2 Uhr vormittags, findet von den Bezirkshältern aus eine Flugblattverbreitung statt, an welcher jeder Genosse teilnehmen muß. Treffpunkt der aufs Land gehenden Genossen ist bei Schwarz, Wollanstr. 23, 1/2 Uhr vormittags. Ausgabe der Flugblätter und anderer Drucksachen am Sonnabendabend bei Abendroth. Der Vorstand.

Bezirk Waldmannslust. Eine Silvesterfeier veranstaltet am 31. Dezember der Wahlverein im „Schweizerhäuschen“ in Waldmannslust. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Romawes-Neuendorf. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 30. d. M., früh 8 Uhr, vom Genossen Grubel aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Ebenso werden an diesem Tage in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags Beiträge und Reueinnahmen zum sozialdemokratischen Wahlverein entgegengenommen. Am 3. Januar 1907 findet im Lokale des Herrn Singer eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Jubel sprechen wird.

Tempelhof. Freitag, den 28. d. M., präzis 8 Uhr abends findet in unserem Orte die erste öffentliche Wählerversammlung im „Wilhelmshof“, Berlinerstr. 9 statt. Der Kandidat des Kreises, Fritz Jubel wird sich den Wählern persönlich vorstellen und sein Programm entwickeln. Im Anschluß hieran findet freie Aussprache statt. Es wird aufmerksam gemacht, daß der Postzeitpunkt wegen, welche um 10 Uhr eintritt, pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht ist. Der Einberufer.

Karlshorst. Achtung, Parteigenossen! Am Freitag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Volksversammlungen in den Sälen des Herrn A. Sabrowski, Treedom-Allee und Ede Krausenstraße, und des Parteigenossen K. Grubel, Restaurant „Fürstenthor“, Prinz Adalbertstraße, Ede Hönower Diefenweg, statt. Die Tagesordnung lautet: Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die verschiedenen Parteien. Referenten sind die Genossen G. Link und Kurt Rosenfeld. Das Erscheinen aller Parteigenossen erwartet. Das Wahlkomitee. Auch diejenigen Arbeiter, welche dem Wahlverein noch nicht angehören, sowie sämtliche Reichstagswähler sind hiermit eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Der Schnee der letzten Tage

hat in Berlin und Vororten manchem Arbeitslosen wenigstens vorübergehend wieder Beschäftigung und Brot gegeben. In Berlin muß die Straßenreinigungsverwaltung bei anhaltenden und sehr reichlichen Schneefällen täglich anderthalbhundert Hülfsträfte („Schneeschipper“) beschäftigen, um die wichtigsten Verkehrsstraßen passierbar zu machen. Man sieht, daß es für die Arbeitslosen Berlins immerhin von einiger Bedeutung ist, ob ein Winter viel oder wenig Schnee bringt. Der Schnee ist ihnen das „Nannah“, über das die Bibel berichtet — das Brot, das vom Himmel fällt. Sicherlich würde die Straßenreinigungsverwaltung die doppelte und dreifache Zahl Hülfsträfte brauchen, wenn sie auch aus den Nebenstraßen den Schnee in kürzester Zeit beseitigen wollte. Doch da zieht sie es gewöhnlich vor, sich auf die Günst des Wetters zu verlassen und möglichst zu warten, bis der Schnee wegtaut. So wurde es früher in schneereichen Wintern gehalten; so werden wir's wahrscheinlich auch in diesem Winter wieder erleben, wenn etwa uns rasche Wiederholungen solcher Schneefälle bescheert werden.

Es gibt Leute, denen bei reichlichem Schnee zu allererst einfallt, welche Bedeutung ein Tage hindurch andauerndes Schneewetter für den Stadtsäckel hat. Da wird erinnert, z. B. an den Winter 1899/1900, in dem 184 775 M. für Schneeschipper ausgegeben wurden, oder an den Winter 1894/95, der sogar 224 134 M. Schneeschipperlohn erforderte — ungerechnet die sehr bedeutenden, drei- bis viermal so hohen Beträge, die an millionengelegnete Fuhrunternehmer für Abfuhr des Schnees bezahlt werden mußten. Aber bis solche Summen aufgebracht werden, muß es ganz anders schmecken. Da der Tagelohn der Schneeschipper gegenwärtig auf 2,80 M. bemessen ist, so kommen auf das Tausend Hülfsträfte pro Tag noch lange keine dreitausend Mark. Zu reichlich ist übrigens dieser Lohn wirklich nicht. Er war früher noch niedriger, aber deshalb braucht man den jetzigen Satz noch keineswegs als hoch anzusehen. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit der Teuerung aller Lebensmittel. Wie wär's, wenn man auch den Lohn der Schneeschipper auf eine teuerungsgemäße Höhe bringen wollte? Es sind unter den Schneeschippem zahlreiche Familienväter, die zur Schippe gegriffen haben, weil es ihnen jetzt an anderer Beschäftigung fehlt. Sie könnten einen höheren Lohn sehr wohl brauchen. Hat nicht der Oberbürgermeister selber einmal den Betrag von 3,50 Mark als den niedrigsten Tagelohn bezeichnet, zu dem die Stadt Berlin einen Arbeiter beschäftigen dürfe? Doch es ist wahr: bisher hat ja die Stadtgemeinde sogar ihren regelmäßig beschäftigten Arbeitern diesen „Mindestlohn“ noch nicht überall bewilligt!

Für die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die unsere Stadtverwaltung ihren Arbeitern stellt, gilt der echt-freisinnige Grundsatz, daß die Gemeinde nicht mehr gewähren dürfe, als auch von privaten Arbeitgebern gewährt werden könne. In der Stadtbetorbenen-Versammlung ist wiederholt von freisinniger Seite ausdrücklich erklärt worden, daß man in diesem Punkte auf die privaten Unternehmer Rücksicht nehmen müsse. Am Ende würden, wenn von der Stadt den Schneeschippem ein höherer Lohn bewilligt würde, auch die Berliner Hausbesitzer Hülf schreien? Denn dann müßten schließlich auch sie bei starken Schneefällen die zur Abräumung der Bürgersteige etwa notwendig werdenden Hülfsträfte ein bißchen besser bezahlen.

Der ergiebige Schneefall in der Nacht zum Donnerstag hat für Berlin auch wieder Verkehrsalamitäten geschaffen, wie sie seit Jahren glücklicherweise nicht mehr vorgekommen sind. Die Schneemassen legen sich derartig in den Straßenbahndammungen fest, daß der Verkehr nur unter Anwendung hohen Stromverbrauches einigermaßen aufrecht erhalten werden konnte. Democh entstanden im Bahnverkehr ganz gewaltige Störungen, da auf den Säulen stehengebliebene Fuhrwerke, gestutzte Pferde, verankerte Weichen fortgesetzt größere und kleinere Verkehrsstörungen verursachten. Auch die Omnibusse kamen, obwohl die Keimen Einspannnetze mit Doppelgepann versehen waren, nur mühsam vorwärts, umso mehr, als durch die an den Vorderwelle zusammengefügten Schneemassen, die Fahrstrahlen ganz bedeutend eingengt waren. Geschäftleute ließen, soweit sie es vermeiden konnten, ihre Wagen nicht ausfahren und auch die Menge der Droßkutscher zog es vor, auf dem Hofe zu bleiben, um die Pferde vor Ueberanstrengung zu schützen. So kam es, daß gestern morgen in Berlin schwer Droßkutscher aufzutreiben waren und Hunderte von Personen vergeblich nach derartigen Gefährten an den Haupthalteplätzen suchten. Mit der Beseitigung der Schneemassen konnte erst am späten Vormittag begonnen werden, da es weber der städtischen Straßenreinigung, noch den Straßenbahnverwaltungen möglich war, am frühen Morgen genügend Arbeitskräfte aufzutreiben. Zwar konnten in dem städtischen Hof, sowie auch in den Wärmehallen mehrere Hundert Arbeitslose engagiert werden, doch genigten diese Hülfsträfte nur, um die Hauptübergänge der Strazengänge und die Straßenbahnhaltestellen passierbar zu machen.

Eine Anzahl Kabelbrände wurden gestern früh infolge Ueberanstrengung der Spielabel des Reges der Großen Berliner Straßenbahn infolge des Schneefalles herbeigeführt, wodurch vier Spielabel strahllos wurden. Die Beseitigung der Defekte, die zum Teil durch Umschaltungen resp. Inhaftungen ermöglicht wurde, nahm längere Zeit in Anspruch, so daß teilweise Betriebsstörungen von einer halben Stunde und mehr herbeigeführt wurden.

Eine neue Erfindung im Betriebe der Großstadt Berlin sind Schneepflüge, die seit gestern zum erstenmal im Zentrum von Berlin zur Beseitigung des Schnees von der städtischen Straßenreinigungsverwaltung benutzt werden. Zunächst sind fünf solcher Schneepflüge versuchsweise in den Betrieb eingestellt worden. Sie unterscheiden sich wesentlich von den hier bisher gebräuchlichen, die auf den Chausseen im Gebrauch zu sehen sind und die Gehalt eines offenen Dreiecks haben. Die jetzt von der Stadt beschafften fünf Schneepflüge sind den Ackerpflügen nachgebildet, nur daß die Pflugschar bei ersterem bedeutend länger ist, wodurch der Schnee weit zur Seite geworfen wird.

Eine Wandlung in den Anschauungen des Kaisers wollen verschiedene Blätter in der Beförderung und Begünstigung verschiedener Persönlichkeiten erblicken, die in dem Hofe stehen. Vertreter einer vom Kaiser bisher verpönten Ansicht ist zu sein. Kürzlich wurde erst der „Simplissimus“-Paul vom Kaiser nach Berlin berufen und dieser Tage erzählt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß bei der Beschäftigung des Rudolf Wiroow-Arztens des dem Kaiserpaar die Anlagen so gut gefallen hätten, daß sich die Kaiserin an den Schöpfer des Werkes, den Stadtbaurat Ludwig Hoffmann, mit dem Entzügen gewandt habe, für das zu schaffende wissenschaftliche Institut für Säuglingsernährung in Charlottenburg Pläne zu entwerfen. Darnach Hoffmann wies auf seine Verpflichtung als städtischer Beamter hin, die ihm jede andere Arbeit verbiete; er glaube aber, daß er mit Hilfe des Architekten Wessel in der

Zeige sein würde, die Entwürfe vorzubereiten. Dieser Vor- schlag wurde angenommen und so werden zurzeit die Ent- würfe für das wissenschaftliche Institut, für dessen Zustandekommen die Kaiserin die lebhafteste Teilnahme begt, bearbeitet.

Außerdem hat der Kaiser dem Stadtbaurat den Charakter als Geheimer Baurat verliehen. Bekanntlich hat Hoffmann feinerzeit auch die Entwürfe zu dem berühmten gewordenen Märchenbrunnen hergestellt, den der Kaiser beanstandete und Änderungen verlangte. Die Freimüthigen im Hofe fügten sich den durch nichts be- gründeten Eingriffen des Kaisers in ihr „Selbstverwaltungsrecht“ und Herr Hoffmann nahm infolgedessen die vom Kaiser verlangten Änderungen vor.

Der spendable Kronprinz.

Dem Kronprinzen wurde kürzlich aus Anlaß einer Frühstücks- rechnung nachgeredet, er halte den Daumen sehr auf denbeutel. Das scheint aber ein Jertum zu sein. Wenigstens weiß die in Byzantinismus schwelgende Presse das Gegenteil zu berichten, wie aus folgender Notiz hervorgeht:

„Weihnachtsspenden des Kronprinzen. In einfachem Militär- mantel mit hochgeschlagenem Kragen machte heute unser Kron- prinz mit seinem Adjutanten vom Potsdamer Palais aus einen Spaziergang durch die Rochbarresidenz. Als er in die Branden- burgerstraße einbog, griff er in die wohlgefüllten Taschen seines Mantels und warf ein Silberstück nach dem anderen unter die Menge. Jung und alt bückte sich, um ein Weihnachtsandächten an den Thronfolger zu erhalten. Der Kronprinz amüsierte sich darüber und legte den harmlosen Scherz fort, bis das letzte blanke Markstück aus den Taschen gewandert war. Unter lautem Jubel und Hurruufen begleitete eine große Kinderschar den schmutzen Kaisersohn in sein Heim zurück.“

Eine ganze Reihe Blätter drucken diesen Erguß ohne jeden Kommentar nach, nur das „Berl. Tagebl.“ rafft sich zu einigen Ver- merklungen auf, in denen sie sagt:

„Wir wissen nicht, ob diese Darstellung zutrifft, und wir denken, daß der schmutze Kaisersohn vielleicht einfach einigen Potsdamer Straßengängen seine blanken Markstücke zugeworfen. Obwohl man sich heutzutage übertriebenen Illusionen nicht hingeben darf, scheint es doch zum mindesten unglücklich, daß er- wachene und einigermassen denkfähige Personen an dieser Ver- lustigung teilgenommen und sich im winterlichen Straßenschmutz um die prinzipialen Silberstücke gebalgt haben sollten. Die ganze, von patriotischer Empfindung triebene Notiz verdient höchstens ein Achselzucken, wenn solche Geschichten dem Auslande nicht Un- sache und Gelegenheit böten, sich über das deutsche Publikum in allen Tonarten lustig zu machen. Es ist ja leider wahr, daß Deutschland politisch völlig zurückgeblieben und moderneren Völkern beinahe untertänlich ist. Aber wir wollen im Aus- lande doch nicht den irigen Eindruck aufkommen lassen, als gäbe es bei uns heute nur noch Lafaienjelen und als läge das ganze deutsche Volk vor einem sberzenden Prinzen auf dem Bauch.“

Wir teilen die Zweifel des „Berl. Tagebl.“, daß es unglücklich erscheine, daß erwachene und denkfähige Personen an dieser Jagd nach den Geldstücken teilgenommen haben, nicht. Leider ist im deutschen Volke der Autoritätsglaube noch so tief eingewurzelt, daß sich niedere und auch hohe Personen vor Leuten mit Rang und Titel im Staube wälzen und ihre Menschenwürde darangeben.

Die erste öffentliche Ratureisbahn ist am Dienstag auf dem Neuhäuser bei Oranienburg frei gegeben worden, nachdem das Eis auf dem Gewässer eine Stärke von 5 1/2 Zoll erreicht hat. Auch auf dem kleinen Rüggeklaufläuser bei Rahnborfer Mühle, sowie auf den Wiesengründchen wurde an den Feiertagen flott Schlittschuh- gelaufen. Um das Publikum vor dem unbedingten Betreten von Eisflächen zurückzuhalten, haben verschiedene Vorortpolizeibehörden Warnungstafeln an den Ufern der Gewässer aufstellen lassen, durch welche das Begehen der nicht frei gegebenen Eisflächen gegen Straf- androhungen untersagt wird.

Zu einem bedauerlichen Unglücksfall hat die Nicht- behaltung der Polizeibehörde schon am Weihnachtsfeiertage Veranlassung gegeben. Der in der Böhmischen Brauerei angestellte Bierkutscher Paul Philipp versuchte die Eisfläche der Dahme bei Fernsdorf zu überschreiten. Er geriet in einen nur dünn über- frorenen Fischenlag, brach ein und verlor sofort unter der Eisbede. Obwohl der Unglücksfall von Ausflüglern beobachtet worden war, die sofort dem Ertrinkenden zu Hilfe eilten, gelang es doch nicht, den jungen Mann zu retten. Erst nach längerem Ver- mühen konnte seine Leiche aufgefunden werden. — Glücklicher verlief ein Unfall, der sich gestern nachmittag auf der Dahme hinter dem Köpferdick ereignete. Dort brach ein dreizehnjähriger Knabe beim Schlittschuhlaufen ein, doch konnte er, bevor er ernstlichen Schaden genommen hatte, aus dem Wasser gezogen werden.

Kraftwagenführern diese folgende Bekanntmachung des Polizei- präsidenten zur Beachtung: „Es ist wiederholt beobachtet worden, daß die Kraftwagen an den Haltestellen der Straßenbahn mit einer derartigen Geschwindigkeit vorüberfahren, daß die ein- und aus- steigenden Fahrgäste gefährdet werden. Die Schaulente sind an- gewiesen, in solchen Fällen unmissverständlich Anzeige zu erstatten, auf welche hin in den meisten Fällen die Gerichte sehr empfindliche Geldstrafen gegen die Führer der Kraftwagen verhängen. Da nun aber nur ein geringer Teil dieser Uebertretungen von den Schup- läuten beobachtet werden kann und es unmöglich ist, mehr Schup- lente an den Haltestellen aufzustellen, so wäre es im Interesse der öffentlichen Sicherheit sehr wünschenswert, wenn auch das Publikum solche Fälle, namentlich wenn sie sich während der Radstunden er- zeichnen, unter genauer Angabe der näheren Umstände, insbesondere auch der Erkennungszahl und des Zeitpunktes des Vorfalles und unter Namhaftmachung von Zeugen bei der Polizeibehörde zur Anzeige brächte.“

Zahlreiche Personen in Erkundungsgefahr. Eine entsetzliche Panik herrschte am ersten Weihnachtsabend in der Steinmünderstr. 59 ge- legentlich eines Wohnungsbrandes. Die Feuerwehr mußte Gewalt anwenden, um einen Teil der Mieter in ihren Wohnungen fest- zuhalten und dadurch Unglücksfälle im total verqualmten Treppen- hause zu verhüten. 21 Personen retteten sich auf die Weise, daß sie aus dem vierten Stock des Seitenflügels durch ein Fenster in eine Küche des Vorderhauses kletterten.

Im zweiten Stock des linken Seitenflügels hat die Witwe Gold- strom mit einem 14jährigen Sohne und einer 9jährigen Tochter eine kleine Wohnung inne. Die Frau hatte am ersten Festtage bis in die Abendstunden hinein geschneidert und war dann weggegangen, um die fertig gestellte Arbeit abzuliefern. Während dieser Zeit war nun in ihrer Wohnung dadurch ein Brand entstanden, daß der Knabe aus Unvorsichtigkeit die brennende Petroleumlampe umwarf und dabei ein Bett anzündete. Die erschreckten Kinder eilten sofort nach der gegenüberliegenden Wohnung und meldeten den Vorgang. Die Nachbarin versuchte schleunigst, das Feuer noch mit Wasser zu er- löschen, mußte aber wegen der bereits eingetretenen Verqualmung da- von abstehen und die Flucht ergreifen. Hierbei war die Korridortür zugeschlagen worden. Bevor die alarmierte Feuerwehr erschien, hatten einige Hausbewohner die Korridortür wieder gewaltsam geöffnet, da- durch aber auch den erscheinenden Qualm den Weg nach den oberen Stockwerken freigemacht. Bald waren nicht nur alle Treppen, sondern auch die Wohnungen in unübersichtlichen Rauch gefüllt und aus den oberen Fenstern erlangen unausgesetzt Hülfsrufe. Doch schon war die Feuerwehr zur Stelle. Obenbleiben! Rufen zu! Haken- leitern! und andere Kommandos schwirrten über den Hof. Mehrere Beherrschter drückten sich Rauchschwämmchen vor Mund und Nase und stürmten die Treppen empor, um zuerst durch Einklagen der Treppenscheitel Luft zu schaffen. Die aufs äußerste bedrängten Mieter des dritten Stockwerks mußten von Feuer- wehrmännern mit Gewalt in ihren Wohnungen festgehalten werden, um Unglück zu verhüten. Ganz anders ging es im vierten Stock her, wo bei einer Familie Krause 21 Personen unter Musik

und Gesang eine Verlobung feierten. Als die Feuerwehr auch zu ihnen drangen und sie keinen Ausweg mehr fanden, zerschmetterte ein beherzter Gast ein in der Nähe befindliches Küchenfenster des Vorderhauses und schlang sich in die Küche. Die übrigen Männer folgten ihm auf einen, der die am feste beteiligten Frauen und Kinder dann seinen Kameraden gleichsam zumarf. Zwei Frauen waren infolge des Qualms bereits einer Ohnmacht nahe. Wenn nun auch Feuerwehrmänner und Gerettete teilweise arg vom Rauch mitgenommen waren, so scheinen doch für niemand nachteilige Folgen vorzuliegen. Das Wohnzimmer der Frau Goldstrom brannte total aus.

Erstickt. Bei einem verhängnisvollen Unfall hat am ersten Feiertag der 27jährige Maschinist Paul Hasenpuff aus der Zehlendorferstr. 73 den Tod gefunden. Er war in der Filiale der Leucht- gasgesellschaft Charlottenstr. 70 beschäftigt. Während er die Maschine bediente, strömte aus dem Leitungsröhr Leuchtgas heraus. Die giftigen Stoffe verbreiteten sich so schnell in dem Arbeitsraum, daß P. dadurch betäubt wurde und bald leblos zusammenbrach. Als man den Unfall entdeckte, war es bereits zu spät. Vergeblich be- mühte sich der von der Unfallstation in der Kronenstr. herbeige- rufene Arzt, den Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen. Er war bereits erstickt.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde am ersten Weih- nachtsfeiertag der 64jährige Weißgerber Wilhelm Hildebrandt aus der Grünthalerstr. 60. Er hatte einen kleinen Spaziergang un- ternommen und als er auf dem Heimwege begriffen war, brach er in der Nähe seines Wohnhauses plötzlich leblos zusammen. Ein Schuhmann brachte ihn nach einem Arzt, der jedoch nur noch den Tod konstatieren konnte. Die Todesursache wird erst im Schauhaus durch die Obduktion festgestellt werden.

Mord und Selbstmord.

Eine Liebestragödie hat sich gestern nachmittag in der Hagenauerstraße abgepielt. In dem Hause Hagenauerstraße 17 ermordete der 24jährige Schneider Fritz Reumann aus Frank- furt a. M. seine Braut, die 19jährige Mantelnäherin Lenchen Reumann und tötete sich dann selbst. R. führte die Tat in furcht- barer Weise aus. Er schnitt dem jungen Mädchen den Hals durch, stach sich dann in die Brust und stürzte sich vom Balkon auf die Straße hinab.

Vor etwa zwei Jahren hatten sich die beiden jungen Leute in einem Konfektionsgeschäft, für das sie arbeiteten, kennen gelernt. Fräulein R. war eine fleißige Mantelnäherin und galt als die Hauptstütze der Mutter. Der Vater hatte sich vor längerer Zeit von seinen Angehörigen getrennt und betrieb seitdem das Stilmaderhandwerk. Einer ehelichen Verbindung des Paares wurde seitens der Eltern des jungen Mädchens nichts in den Weg gelegt. Dagegen schienen aber die Angehörigen des R. von dieser Heirat nichts wissen zu wollen. Ob dies die Veranlassung zu der traurigen Tat des jungen Mannes war oder ob er befürchtete, die Geliebte einmal für immer verlieren zu können, mag dahin- gestellt bleiben. Jedenfalls aber dürfte er sich mit dem Gedanken, sich und seine Braut um Leben zu bringen, schon länger befaßt haben. Gestern nachmittag in der dritten Stunde erschien er in der Wohnung der Geliebten. Niemand ahnte, was R. im Schilde führte. Er begab sich mit seiner Braut in das Wohnzimmer, während sich im Nebenzimmer die erwachsene Schwester der R. aufhielt. Ohne daß die letztere auch nur das geringste bemerkte, spielte sich dann die furchtbare Tragödie ab. Als die Braut ahnungslos mit R. plauderte, zog dieser plötzlich ein großes Messer hervor und schnitt dem Mädchen tief in den Hals hinein. Der Schnitt war mit solcher Gewalt vollführt worden, daß der Hals fast vollständig vom Rumpf getrennt wurde. Nachdem R. die unselige Tat vollendet hatte, brachte er sich einen tiefen Messerschnitt in die Brust bei. Er eilte dann auf den Balkon und stürzte sich von der Höhe der dritten Etage auf die Straße hinab. Bewußtlos und mit drohenden Gliedern blieb der Unglückliche auf dem Bürgersteige liegen. Straßenposten nahmen sich seiner an und trugen ihn in den Hausflur. Es wurde nun sofort von der Unfall- station in der Schönhauser Allee der Arzt herbeigerufen, und bei seinem Eintreffen gab R. nur noch ganz schwache Lebenszeichen von sich. Er starb dann kurz darauf unter den Händen des Arztes. Als man in die Wohnung eintrat, bot sich dort ein furchtbarer Anblick. In einer großen Wanne lag die Braut mit durchschnittenem Halse. Auch bei ihr bemühte sich der Arzt vergeblich. Die Unglückliche war bereits an Verblutung gestorben. — Der Vorgang hatte in der Nachbarhaft die größte Aufregung hervorgerufen und die Polizei sah sich infolge des starken Andrängens des Publikums ge- zwungen, das Haus, in dem sich das Drama zugetragen, für längere Zeit abzusperrten.

Rangiereros. Am Anhalter Bahnhof, in der Nähe des Weichen- turmes M. T. M. wurde am Weihnachtsabend, 11 Uhr nachts, der Rangiermeister Rudolf Wajda aus der Wilhelmstr. 3 von der Rangiermaschine, als er einem einfallenden Schnellzuge aus- weichen wollte, erfasst und umgerissen. Dem Unglücklichen wurde der eine Fuß glatt weggefahren. Außerdem erlitt er einen Arm- bruch und Quetschungen. Der abgefahrte Fuß wurde von einem Bahnarbeiter nach der Unfallstation getragen.

Im Heiligabend ein Auge verloren hat die Frau des Gas- arbeiter Ledowal aus der Frankfurter Allee. Die Wohnung hatte erst vor kurzem Gasbeleuchtung erhalten. Die Mieter kauften sich von ihren Ersparnissen zu Weihnachten eine kleine Gasstrone. Um ihren Mann bei seiner Heimkehr am Heiligabend zu über- raschen, hatte die Frau schon gegen 6 Uhr das Gas angezündet. Da sie aber mit Gasglühlicht nicht Verschied wußte, zerrte der nicht korrekt behandelte Strumpf und die Flamme züngelte hoch empor. Trotzdem ließ die Frau die Flamme ruhig weiterbrennen. Als sie nach einer Weile auf einen Stuhl stieg, um die Lampe zurück- zuschrauben, plakte der Zylinder. Ein heißer Glasscherben drang der Unglücklichen ins Auge, so daß es sofort auslief. Die Weih- nachtsfreude ward durch diesen Unfall in Jammer verwandelt.

Eine neue Einzugsfeier dürfte unserer Stadt bald wieder be- schieden sein. Es wird nämlich gemeldet, daß der vierte Sohn des Kaiserpaars, Prinz August Wilhelm von Preußen, sich mit der Prinzessin Alexandra Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonder- burg-Glücksburg verlobt habe. Der Prinz vollendet am 29. Januar sein 20. Lebensjahr.

Einer Verlobung im Kaiserhause folgt bekanntlich die Hoch- zeit auf dem Fuße. Da gibt es natürlich wieder für unsere frei- sinnigen Herzen im Rathause Empfänge mit obligaten Reden am Brandenburger Tor und für unsere Schuldkinder Einzugsferien und Spallierziehen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am zweiten Feiertage am Königl. Schauspielhause. Der 24 Jahre alte Theaterarbeiter Willi Krause aus der Korbfuserstr. 23, der ständig die Lampen nachgesehen hat, wollte vormittags um 9 Uhr die elektrische Vogenlampe, die am Schillerplatz zwei Stock hoch in der Mitte des Gebäudes hängt, auf ihren Zustand prüfen. Dabei stürzte er ab und schlug auf die oberste Stufe der Handtreppe am Schillerplatz mit voller Wucht auf. Der Verunglückte wurde beunruhigt mit einem Körperlichen Wogen nach der 1. Klin. gebracht, wo die Ärzte eine schwere Gehirnerschütterung und Brüche mehrerer Rippen, des rechten Armes und des rechten Fußes feststellten. Ob er mit dem Leben davonkommen wird, er- scheint sehr zweifelhaft.

In der Weihnachtsnacht eingebracht wurde in dem Damen- konfektionsgeschäft von Bente in der Straußbergerstr. 18. Die Täter, die sich unter Anwendung von Einbrecherwerkzeugen Zutritt zu dem Lageraum verschafften, hatten es hauptsächlich auf Seiden- stoffe und Mäusen abgesehen. Sie erbeuteten Waren im Werte von etwa 1000 M.

Der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands hält seinen ersten Bundesstag am 29., 30. und 31. Dezember in Berlin, im Lokale von Lissin, Nemensterstr. 67, ab.

Selbstmord im Café. Großes Aufsehen rief am zweiten Feiertag vormittag der Selbstmord eines Gastes im Café „Kaiserkrone“ in der Friedrichstr. 131b hervor. Der Lebensmüde, anscheinend ein russischer Student namens Kay aus Galah, hatte längere Zeit in dem Lokal verweilt und kurz vor dem Begleichen der Beche zog er sich etwas zurück. Plötzlich hörten die Gäste einen Schuß fallen und unmittelbar darauf brach der Unbekannte leblos zusammen; er hatte sich eine Revolverkugel in den Kopf gejagt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und zur Rekognosizierung in das Schauhaus gebracht. Auf einem Medikamentenfläschchen, das der Selbstmörder bei sich führte, stand der Name Kay in russischen Lettern. Bekleidet war der Tote mit einem grauen Jacketanzug; er hatte schwarzes Haar, braunen Schnurrbart und gelbe Gesichtsfarbe.

Feuerbericht. Am zweiten Feiertage entstand durch Unvor- sichtigkeit ein Wohnungsbrand in der Adlerstr. 84, wobei die sechs- jährige Tochter Anna des Schneiders Rozanowitsch Brandwunden 2. und 3. Grades am ganzen Körper erlitt. Die Kleider des Mädchens verbrannten vollständig. In hoffnungslosem Zustande wurde das Kind nach dem Lazaruskinderhause gebracht, wo es inzwischen von seinen schrecklichen Leiden erlöst ist. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Gleichzeitig hatte die zweite Kompanie einen großen Dachstuhlbrand zu löschen, der in der Mantelstr. 20 aus noch nicht ermittelter Ursache ausgekommen war und viel Arbeit ver- ursachte. Der 7. Zug hatte am 1. Feiertage am Weidenweg 60 zu tun. Dort standen mehrere Kellerwerkzeuge in Flammen. Unter den Hausbewohnern, die durch den Rauch sehr belästigt wurden, brach eine Panik aus. Ein jeder suchte sich zu retten. Die Feuer- wehr fand einen Knaben auf der Treppe und brachte ihn ins Freie, wo er sich bald wieder erholt. Die übrigen Hausbewohner wurden teils durch gütliches Zureden, teils durch Gewalt in den Wohnungen zurückgehalten, bis der Qualm abgezogen war. Der Brand konnte mit einer Schlauchleitung auf seinen Derr beschränkt werden. Am Stollbuserdamm 79 brannte auf einem Neubau eine Baubude u. a., in der Spenerstr. 5 ein wertvolles Automobil und in der Schmidt- str. 57 ein Fahrradgeschäft im Keller des Vorderhauses. Durch die Explosion eines Benzinhalters in einer Automobilwerkstatt in der Alexandrerstr. 97 erlitt der Chauffeur Emil Spillau Brand- wunden am linken Bein, die ihn auf der nahen Unfallstation ver- bunden wurden. In der Wilmstr. 7 u. a. Stellen brannten Dedon u. a. unter Weihnachtsbäumen. In der Brangelstr. 13 hatte die 2. Kompanie längere Zeit zu tun. Dort brannte das Zwischen- gebäl in größerer Ausdehnung und in der Nähe, Brangelstr. 101, Wollen, Fußboden u. a. Wasserrohrbrüche wurden u. a. aus der Seeloverstr. 23, Andener- und Raumerstraße gemeldet. Rüdendbrände veranlassen das Ausrücken der Wehr nach der Schön- hauser Allee 158 a/b und 72, Jostenerstr. 4 usw. In der Kronen- str. 56 hatte ein Samariter mit einem Sauerstoffapparat zu tun, leider ohne Erfolg, der K. a. n. v. r. a. b. dort noch vor Ankunft des Samariters. Der 16. Zug hatte in der Völkerstr. 13, der 1. in der Greifswalderstr. 100, der 5. in der Mantelstr. 20, der 8. in der Glogauerstr. 31, der 11. in der Wälderstr. 5, der 9. in der Bern- burgerstr. 30, der 12. in der p. d. Hendstr. 17, in der Jerusalemstr. 14, der 19. in der Leipzigerstr. 128, der 7. Zug in der Komintenerstr. 14, der 13. in der Luisenstr. 64, der 5. in der Prinzenstr. 101 und Dresdenerstr. 82/83, der 7. in der Fruchtstr. 70 und Frankfurter Allee 85 und der 13. in der Friedrichstr. 110 zu tun, wo Gardinen, Möbel, Schoufenstr., Betten, Hausvortat auf Böden, in Kellern usw. brannten.

Vorort-Nachrichten.

Wahlisdorf a. d. Ostbahn.

Einen erfreulichen Sieg haben unsere Genossen bei der am 23. d. M. stattgefundenen Wahl eines Gemeindevorstandes der dritten Abteilung errungen. Trotz aller Manipulationen des Liberalen Bürgervereins ist der sozialdemokratische Kandidat mit 54 gegen 51 Stimmen, welche auf die Bauernpartei und die Liberalen ent- fielen, gewählt worden. Es zieht somit der dritte Sozialdemokrat in die Wahlisdorfer Gemeindevetretung ein.

Hohen-Schönhausen.

Aus unserer herrlichen Bestordnung. Ein Opfer des Frostes ist der 78 Jahre alte Invalide Brenner aus Hohen-Schönhausen ge- worden. Der alte Mann fand völlig mittellos da. In hilflosem Zustande wurde der Bedauernswerte in der vorletzten Nacht auf einem Grundstück in der Krankestraße aufgefunden. Er war bereits völlig erschöpft. Durch Hunger entkräftet war der Unglückliche zu- sammengebrosen und erdmarmelos dem Frost ausgeliefert. Auf der Polizeiwache starb er bald nach seiner Einlieferung.

Nowawes-Neuendorf.

Die Gemeindevorstandswahlen der III. Klasse finden am 23. und 24. Januar, nachmittags von 4—8 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Wilhelmstr. 3 statt. Die Gemeindevorstandswahlen sind ein- zusehen beim Genossen Grahl.

Spandau.

Rehmt Einsicht in die Wählerlisten!

Nicht oft genug können die Spandauer Arbeiter wie die Wähler des ganzen Kreises an diese Pflicht gemahnt werden. Die gegnerischen Parteien werden diesmal alles aufbieten, um den Sieg des sozial- demokratischen Kandidaten zu verhindern. Nun und nimmer kann ihnen das gelingen, wenn in den Tagen des Wahlkampfes jeder seine Schuldigkeit tut. Es muß sich zunächst jeder vergewissern, ob er auch sein Staatsbürgerrecht — sein Wahlrecht — ausüben darf. In diesem Zwecke sehe jeder die Wählerlisten nach, dieselben liegen für Spandau aus in der Zeit vom 28. Dezember d. J. bis ein- schließlich 4. Januar 1907 im Zimmer 20 des Stadthauses, Pots- damerstraße 14, an den Wochentagen während der Dienststunden, vor- mittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, am Sonntag den 30. Dezember 1906, und am Reinfahrtstage, dem 1. Januar 1907, vormittags von 10—1 Uhr. Wer die Listen für unrichtig oder un- vollständig hält, kann während der Auslegungsdauer Verbringung der Verweismittel für seine Behauptungen schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erheben.

Als Legitimation dient Mietskontrakt, letzter Steuerzettel oder polizeiliche Anmeldebekanntmachung.

Potsdam.

Die Arbeiterbildungsschule von Potsdam und Umgegend hält heute, den 28. Dezember, im Lokal Ladentän ihre Mitgliederversammlung ab. Der nächste Kursus „Nationalökonomie“ findet nach der Reichstagswahl statt, voraussichtlich im Februar. Der Lehrer ist wieder Herr Dr. Goldschmidt und ist ein zahlreicher Besuch zu er- warten. Neue Mitglieder müssen für die Arbeiterbildungsschule ge- worden werden, das ist die beste Unterstützung, die ein Genosse leisten kann. Aufnahmen finden in jeder Versammlung und an Vortragsabenden statt.

Witterungsübersicht vom 27. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometere- höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	
Emmende	738	DRD	2	bedf.	-6	Dahranba	749	SD	2	bedf.	-10	
Damburg	740	DRD	2	bedf.	-6	Petersburg	749	SD	3	Schnee	-8	
Berlin	737	DRD	2	Schnee	-6	Scilly	749	—	—	5	wolkg.	3
Kranke a. H.	743	DRD	3	halb bb.	-5	Aberdeen	—	—	—	—	—	—
Rindera	746	DRD	3	wolfg.	-4	Paris	745	SSB	2	heiter	-4	
Wien	744	DRD	—	bedf.	-4	—	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Freitag, den 28. Dezember 1906. Zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Frostwetter mit Schneefällen und mäßigen Winden aus wechselnder, vorherrschend südlicher Richtung. Berliner Wetterbureau.

